

# Zuwanderung über Flucht und Asyl in NRW

## Umfang und Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt

November 2015

**Herausgeber:**

G.I.B.

Gesellschaft für innovative  
Beschäftigungsförderung mbH  
Im Blankenfeld 4  
46238 Bottrop

[www.gib.nrw.de](http://www.gib.nrw.de)

**Autorin:**

Maria Icking  
unter Mitarbeit von Jan Amonn, Pauline Blumental und  
Veneta Tsoneva

November 2015

## Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung .....	4
2. Ergebnisse im Überblick .....	5
3. Ausländer/-innen aus Drittstaaten.....	7
4. Zuwanderung über Flucht und Asyl.....	12
5. Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt .....	19
Tabellenanhang.....	32
Glossar... ..	45

## 1. Einleitung

Die aktuell stark zunehmende Zuwanderung durch Flüchtlinge und Asylbewerber/-innen<sup>1</sup> bildet sich auch am Arbeitsmarkt ab und zeigt sich als steigende Zahlen von Beschäftigten, Arbeitsuchenden und Grundsicherungsbeziehenden aus den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge.

Flüchtlinge stellen eine besondere Gruppe der Ausländer/-innen aus Drittstaaten außerhalb der EU. Da alle Ausländer/-innen aus Drittstaaten nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates besitzen, gelten für sie nicht die Niederlassungs- und Freizügigkeitsregelungen der Unionsbürger/-innen. Ihr Aufenthalt in Deutschland ist vor diesem Hintergrund durch höchst unterschiedliche Aufenthaltsberechtigungen geregelt. Vor allem ist die Zuwanderung nach Deutschland anders als bei EU-Bürgerinnen und -Bürgern an Bedingungen geknüpft. Neben der Möglichkeit zum Zweck der Ausbildung und Erwerbstätigkeit zu kommen, gibt es Berechtigungen im Wege des Familiennachzugs.

Eine weitere Möglichkeit gesetzlich geregelter Zuwanderung ist der Schutz durch das Recht auf Asyl bzw. das Flüchtlingsrecht. Durch die aktuelle Situation der verstärkten Flüchtlingszuwanderung kommt diesem Bereich erhöhte Aufmerksamkeit zu und wird hier vertieft behandelt. Hier geht es insbesondere um die Entwicklung der Zahl der Asylbewerber/-innen bzw. Flüchtlinge, differenziert nach Herkunftsstaaten und Entscheidungen zum Asylantrag. Dies ist nicht zuletzt relevant, weil von diesen Entscheidungen der Arbeitsmarktzugang der Flüchtlinge abhängig ist.

Grundsätzlich haben neben den Drittstaatsangehörigen, die zum Zweck der Erwerbstätigkeit einen Aufenthaltstitel besitzen, auch weitere Personen Zugang zum Arbeitsmarkt bzw. eine Erlaubnis zur Erwerbstätigkeit. Dies gilt zum einen für Personen, die aus familiären Gründen zugewandert sind. Auch für Personen, die zum Zweck der Ausbildung in Deutschland sind, gilt während der Ausbildung eine allerdings zeitlich begrenzte Berechtigung zur Erwerbstätigkeit und nach der Ausbildung eine Aufenthaltsberechtigung zum Zweck der Arbeitssuche, die aber auch zeitlich begrenzt ist.

Bei den Drittstaatsangehörigen, die über Flucht und Asyl zugewandert sind, hängt der Zugang zu Erwerbstätigkeit und Sozialleistungen in besonderer Weise vom jeweiligen Aufenthaltsstatus ab. Diejenigen, die als Flüchtlinge bzw. Asylberechtigte mit den entsprechenden Aufenthaltstiteln anerkannt sind, haben in der Regel einen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Dies gilt auch für diejenigen, denen ein subsidiärer Schutz gewährt wurde, und diejenigen, die durch ein Abschiebeverbot geschützt sind. Eine Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit (BA) ist nicht erforderlich. Ebenso muss in der Regel keine Erlaubnis der Ausländerämter vorliegen. Sie haben im Fall der Bedürftigkeit in der Regel zudem Zugang zu Leistungen nach dem SGB II.

Den anerkannten Flüchtlingen gleichgestellt sind Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG haben und deren Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt ist. Seit dem 1. März 2015 hat diese Personengruppe Zugang zu Leistungen nach dem SGB II.

---

<sup>1</sup> Die Begriffe werden hier weitgehend synonym verwendet. Gemeint sind Asylbewerber/-innen, anerkannte Asylberechtigte bzw. anerkannte Flüchtlinge, Kontingentflüchtlinge und geduldete Ausländer/-innen.

Letzteres gilt seit dem 1.8.2015 für eine weitere Personengruppe. Dabei handelt es sich um „gut integrierte“ Ausländer/-innen, die sich langjährig (u. a. mit einer Duldung) in Deutschland aufgehalten haben.

Asylbewerber/-innen mit einer Aufenthaltsgestattung während der Dauer des Asylverfahrens dürfen in den ersten drei Monaten nicht arbeiten. Nach Ablauf der Dreimonatsfrist ist der Zugang zu Beschäftigung möglich, sofern die BA nach einer Vorrangprüfung zustimmt. Nach Ablauf weiterer 12 Monate (gesamt 15 Monate) entfällt diese Prüfung, eine Erlaubnis der Ausländerbehörde muss für die gesamte Dauer des Verfahrens vorliegen. Ohne Zustimmung der BA kann allerdings z. B. eine betriebliche Ausbildung aufgenommen werden, eine Beschäftigung in einem Mangelberuf<sup>2</sup> oder eine hochqualifizierte Tätigkeit. Asylbewerber/-innen erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Abgelehnte Asylbewerber/-innen, deren Abschiebung vorübergehend ausgesetzt ist und die daher einen Duldungsstatus haben, können ebenfalls nach drei Monaten erwerbstätig sein, wenn BA und Ausländerbehörde zustimmen. Personen mit einer Duldung haben nur Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Im Folgenden wird im ersten Abschnitt ein Überblick gegeben über die ausländische Bevölkerung aus Drittstaaten der EU, ihren Aufenthaltsstatus, die Hauptherkunftsländer und die Zuwanderungsgründe. Der zweite Abschnitt geht näher auf die Zuwanderung auf Basis von Flucht und Asyl ein und präsentiert u. a. Daten zu den Entscheidungen im Asylverfahren. Der dritte Abschnitt thematisiert die Auswirkungen der Flüchtlingszuwanderung auf dem Arbeitsmarkt und wertet die Ergebnisse auch auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte aus.

Die Datengrundlage des Berichts ist neben der Ausländerstatistik und Daten der Bundesagentur für Arbeit auch die Geschäftsstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Im Anhang findet sich ein Glossar. Hier sind wichtige Begriffe und Tatbestände vor allem aus dem Aufenthalts- und Asylrecht erklärt, die im Text daher im Einzelnen nicht erläutert werden.

## 2. Ergebnisse im Überblick

Am 31.12.2014 leben 1.226 Mio. Ausländer/-innen aus Drittstaaten in NRW. 145.880 davon sind Flüchtlinge, die damit einen Anteil von 11,9 % ausmachen. Bezogen auf die gesamte Bevölkerung in NRW liegt der Flüchtlingsanteil bei 0,83 %. Die Flüchtlinge setzen sich zusammen aus anerkannten Asylberechtigten bzw. anerkannten Flüchtlingen mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis (48,0 %), geduldeten Ausländerinnen und Ausländern (24,1 %) und Asylbewerberinnen und -bewerbern mit einer Aufenthaltsgestattung (27,8 %).

Gegenüber Dezember 2013 ist die Zahl der Flüchtlinge um 32.666 (28,7 %) gestiegen. Im ersten Halbjahr 2015 sind weitere 21.633 Flüchtlinge dazugekommen.

---

<sup>2</sup> Die BA veröffentlicht monatlich auf ihrer Statistikseite im Rahmen einer Fachkräfteengpassanalyse eine Liste der Mangelberufe.

In den Kreisen und kreisfreien Städten liegt der Anteil der Flüchtlinge bezogen auf die Bevölkerung zwischen 1,29 % und 0,53 %. Große Unterschiede zeigen sich auch bei der Zusammensetzung der Flüchtlinge nach Aufenthaltsstatus. Beides hängt u. a. damit zusammen, ob sich in der Kommune eine Erstaufnahmeeinrichtung oder eine zentrale Unterbringungseinrichtung u. Ä. befindet.

2014 wurden in NRW zu rd. 30.500 Asylanträgen Entscheidungen getroffen. Rd. zwei Drittel der Entscheidungen waren sogenannte Sachentscheidungen und führten zu Ablehnungen bzw. zur Anerkennung eines Schutzgrundes mit der Folge einer Anerkennung als Asylberechtigter bzw. Flüchtling. Werden alle Entscheidungen berücksichtigt, lag die Gesamtschutzquote bei 24,8 %, nur auf die Sachentscheidungen bezogen lag die sogenannte bereinigte Schutzquote bei 37,4 %.

Die Beteiligung der Flüchtlinge am Arbeitsmarkt lässt sich nicht exakt abbilden, weil ein entsprechendes Merkmal in den Statistiken der Bundesagentur für Arbeit nicht belastbar ausgewertet werden kann. Betrachtet werden daher nur Veränderungswerte bei Personen aus den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge, die allerdings alle Personen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus umfassen. Da die Zuwanderung aus diesen Ländern überwiegend auf Flucht und Asyl zurückgeht, geben die Veränderungswerte Hinweise auf die Auswirkungen der Flüchtlingszuwanderung auf den Arbeitsmarkt.

Im September 2015 stieg die Zahl der gemeldeten erwerbsfähigen Personen aus den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge gegenüber dem Vorjahr um 22,5 %. Im Vergleich ist die Zahl insgesamt in NRW um 0,2 % gesunken. Rd. 75 % der gemeldeten erwerbsfähigen Personen aus den Hauptherkunftsländern der Flüchtlinge sind arbeitsuchend. Die weit überwiegende Zahl wird im Rechtskreis SGB II betreut.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aus diesen Ländern stieg im März 2015 gegenüber dem Vorjahr um 4,6 % und damit stärker als dies insgesamt bei allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in NRW der Fall war (+2,0 %).

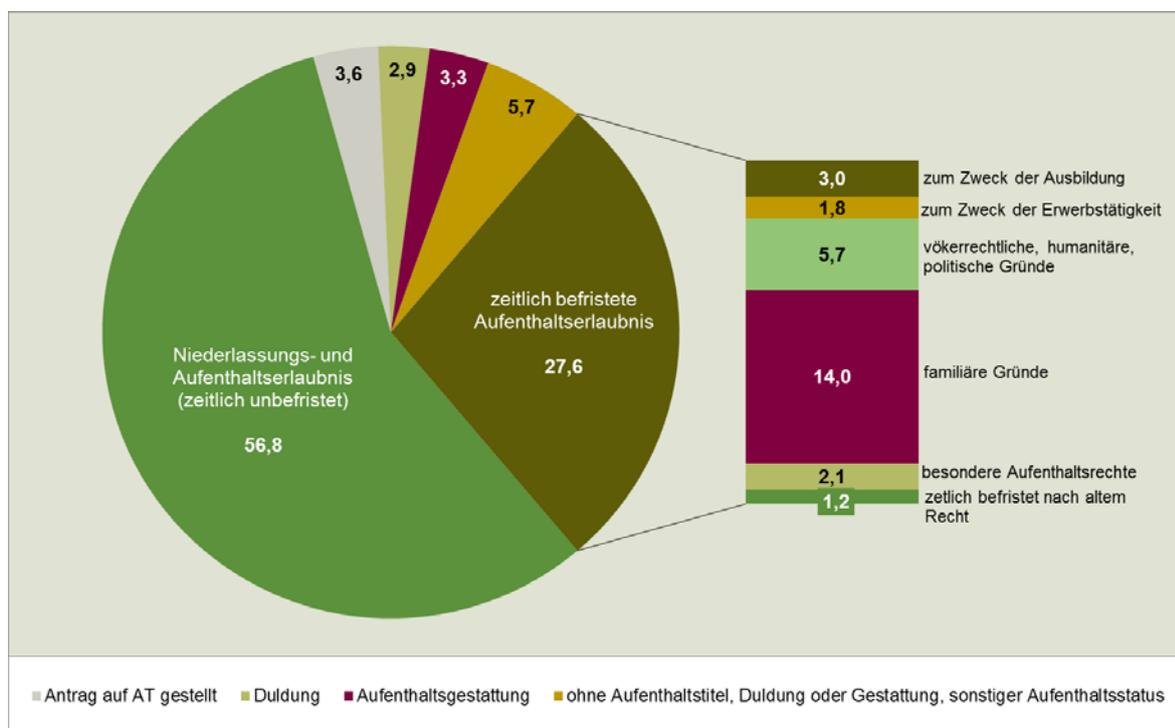
### 3. Ausländer/-innen aus Drittstaaten

In NRW wurden zum Stand 31.12.2014 im Ausländerzentralregister 2.074.230 ausländische Staatsangehörige registriert, darunter 1.225.927 Drittstaatsangehörige (59,1 %), d. h. Personen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Staates besaßen. Im Jahr 2009 waren es 1.789.607 Personen, darunter 1.152.733 Drittstaatsangehörige (64,4 %). Damit stieg die Zahl der Ausländer/-innen aus Staaten außerhalb der EU gegenüber 2009 um 6,3 % (s. Tabelle 1).

Mehr als die Hälfte der Ausländer/-innen aus Drittstaaten verfügt über eine Niederlassungserlaubnis bzw. über eine zeitlich unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach altem Recht. 2014 betrug der Anteil 56,8 %, der Anteil ist gegenüber 2009 leicht gestiegen (s. Abbildung 1 und Tabelle 1).

Die Zahl der Ausländer/-innen mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis ist in den letzten fünf Jahren zurückgegangen, was vor allem auf die befristete Aufenthaltserlaubnis nach altem Recht zurückgeht. Der Rückgang dürfte u. a. darauf zurückgehen, dass Personen entweder in der Zwischenzeit das Land wieder verlassen haben, ihr Titel in eine Niederlassungserlaubnis umgewandelt wurde oder ein Titel ist nicht mehr notwendig ist, weil das Herkunftsland Mitglied der EU wurde (zuletzt Kroatien 2013).

**Abbildung 1: Ausländer/-innen aus Drittstaaten nach Aufenthaltsstatus in NRW (2014, in %)**



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamts, Ausländerzentralregister

AT = Aufenthaltstitel

Zahlenmäßig leicht zurückgegangen ist auch die Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen. Im Wesentlichen wird dieser Titel zugewanderten Kindern und Ehegatten von in Deutschland lebenden Deutschen und Ausländern erteilt, wobei bereits hier lebende Auslän-

der/-innen in der Regel über eine Niederlassungserlaubnis verfügen müssen. Seit September 2013 berechtigt ein Aufenthaltstitel aus familiären Gründen zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit. Wie an Tabelle 1 deutlich wird, sind es deutlich mehr Frauen als Männer, die über diesen Aufenthaltstitel verfügen.

Zugenommen hat dagegen die Zahl der Ausländer/-innen, die sich zum Zwecke der Ausbildung in NRW aufhalten. Zum allergrößten Teil ist dies ein Studium an einer deutschen Hochschule, daneben gilt dies auch für Sprachkurse und für eine Ausbildung unterhalb des tertiären Bereichs.

21.500 Personen hatten in NRW Ende 2014 eine befristete Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke der Erwerbstätigkeit; gegenüber 2009 ist die Zahl deutlich gestiegen. Seit 2005 wird die Aufenthaltserlaubnis zusammen mit der Erlaubnis zur Beschäftigung erteilt, wenn ein konkretes Arbeitsangebot vorliegt und die Arbeitsverwaltung zugestimmt hat. Grundsätzlich ist für die Beschäftigung keine qualifizierte Berufsausbildung erforderlich. Bundesweit verfügten etwa zwei Drittel der nach diesem Recht eingereisten Drittstaatsangehörigen über eine qualifizierte Beschäftigung.<sup>3</sup>

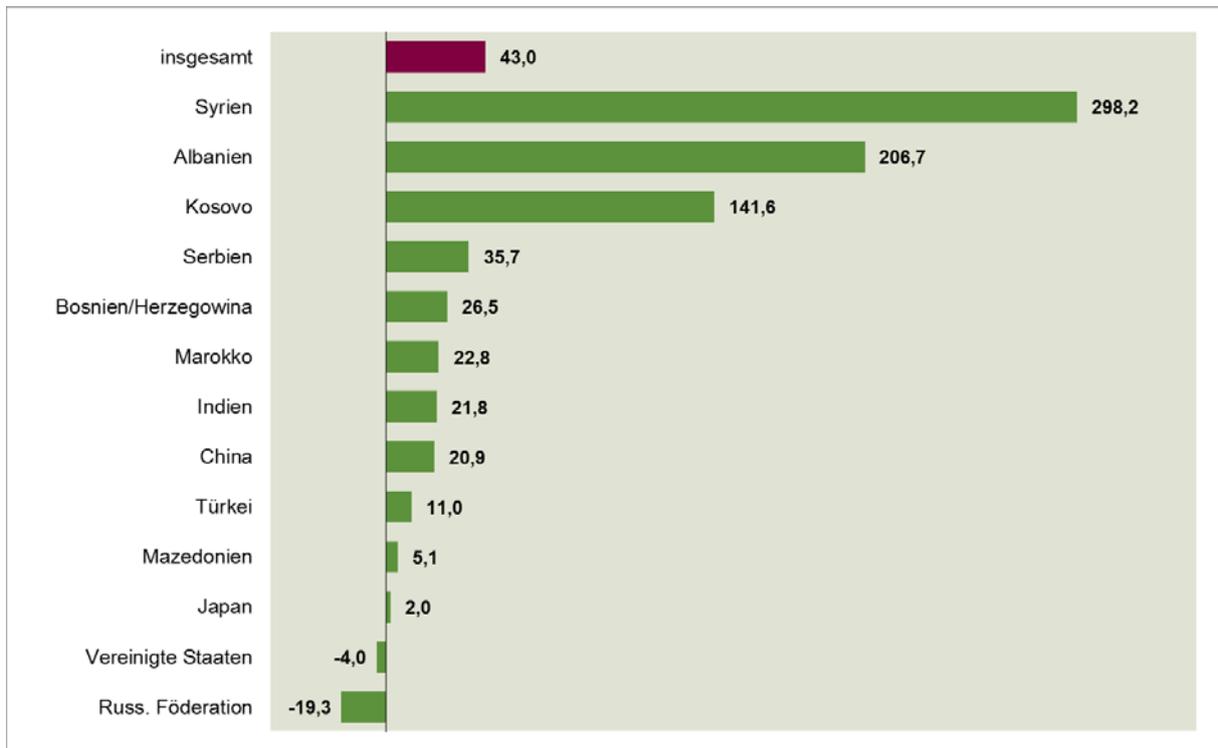
Eine befristete Aufenthaltserlaubnis wird zudem aus humanitären, völkerrechtlichen oder politischen Gründen erteilt. Diesen Titel erhalten insbesondere anerkannte Asylbewerber/-innen und Flüchtlinge. Die Zahl der Drittstaatsangehörigen mit diesem Schutzstatus ist ebenfalls überdurchschnittlich gestiegen.

Ende 2014 hatten insgesamt 15,5 % der Ausländer/-innen aus Drittstaaten in NRW weder eine Niederlassungserlaubnis noch eine befristete Aufenthaltserlaubnis. Dieser Anteil lag Ende 2009 noch bei 9,5 %. Hintergrund sind u. a. die stark gestiegenen Aufenthaltsgestattungen, die die hohe Zahl noch un abgeschlossener Asylverfahren abbilden.

---

<sup>3</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Das Bundesamt in Zahlen 2014, Nürnberg 2015, S. 81

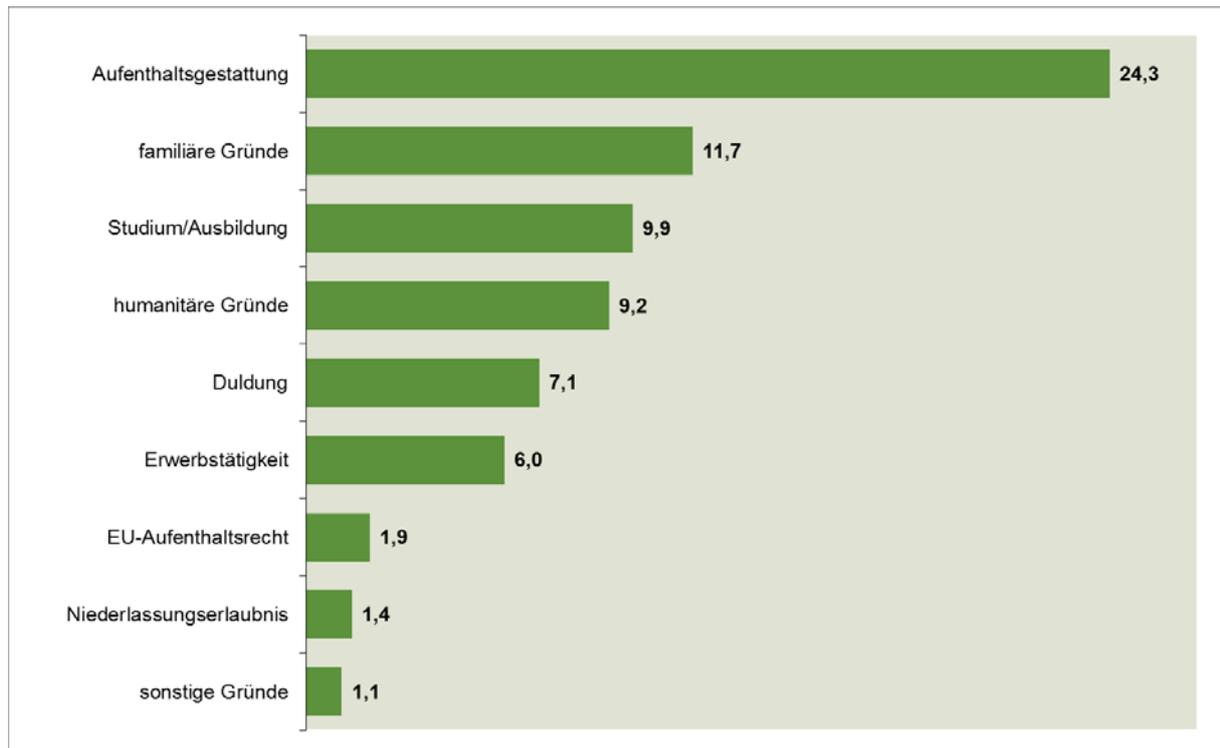
**Abbildung 2: Zuzüge von ausgewählten Drittstaatsangehörigen nach NRW  
 (Veränderung 2014 ggü. 2013, in %)**



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Ausländerzentralregister

2014 sind insgesamt 116.595 Drittstaatsangehörige nach NRW zugezogen. 2013 lag die Zahl bei 81.554, d. h. die Zahl ist um 43 % gestiegen. Den stärksten Zuwachs verzeichnen Personen aus Syrien, deren Zahl sich in einem Jahr nahezu vervierfacht hat. Stark zugenommen hat auch die Zuwanderung aus den Westbalkanländern Kosovo und Albanien. Abgenommen hat dagegen die Zahl der Zuzüge aus der Russischen Föderation (s. Abbildung 2 und Tabelle 2).

**Abbildung 3: Zuzüge aus Drittstaaten nach NRW nach ausgewählten Aufenthaltszwecken und Aufenthaltstiteln<sup>4</sup> (2014, in %)**



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Ausländerzentralregister

Die zugezogenen Personen unterscheiden sich nicht nur im Hinblick auf ihre Herkunftsstaaten, sondern auch hinsichtlich der Aufenthaltszwecke und Aufenthaltstitel. Der hohe Anteil der Zugezogenen, die eine Aufenthaltsgestattung bzw. eine Duldung haben oder die aus humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis besitzen, weisen darauf hin, dass die Zuwanderung aus Drittstaaten im Jahr 2014 in hohem Maße durch Zuwanderung aufgrund von Asyl und Flucht geschehen ist (s. Abbildung 3 und Tabelle 2).

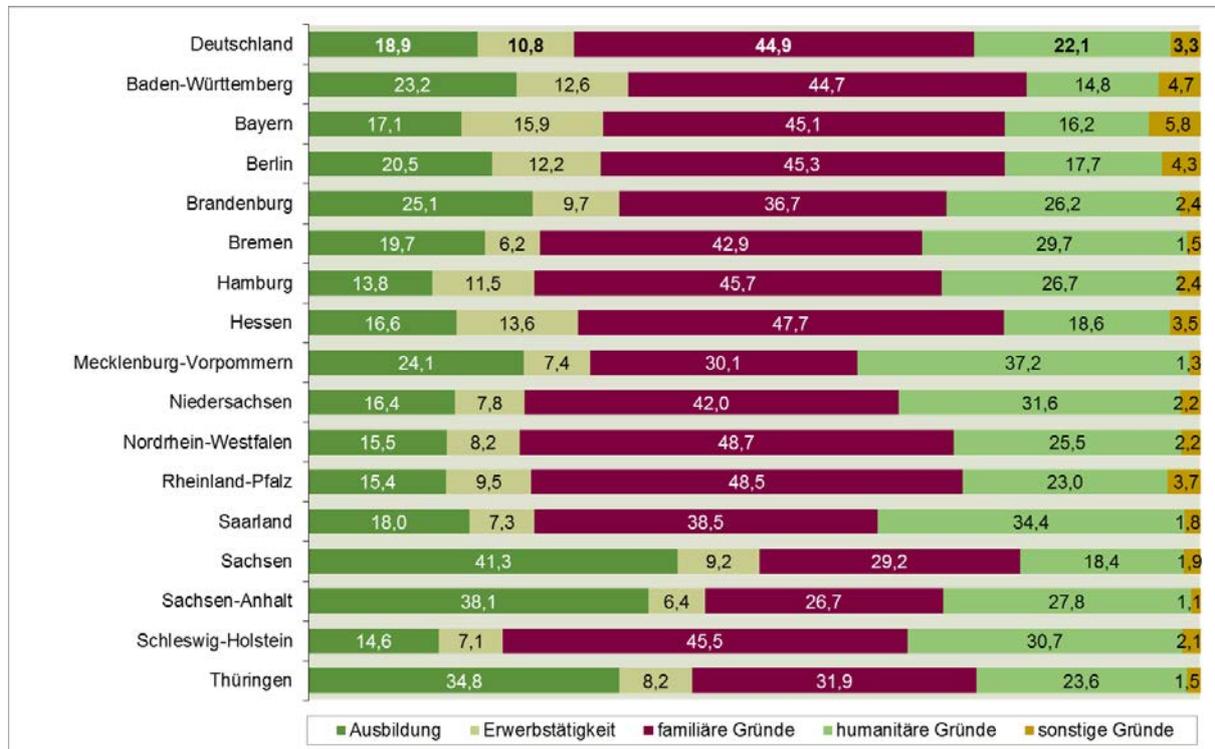
Dabei unterscheiden sich die Ausländergruppen deutlich. Menschen aus Syrien haben zu fast der Hälfte eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären, völkerrechtlichen oder politischen Gründen. Die hohen Anteile einer Aufenthaltsgestattung bei Menschen aus Eritrea, Afghanistan, aber auch aus dem Kosovo und Albanien deuten auf langwierige Asylentscheidungsprozesse hin, weil dieser Titel für die Dauer des Asylverfahrens gilt (s. Tabelle 2).

Staatsangehörige aus China, Indien, Japan und den Vereinigten Staaten kommen zum großen Teil nach Deutschland, um hier eine Ausbildung oder eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Die Erwerbstätigkeit ist insbesondere für Staatsangehörige aus Japan ein relevanter Grund, während Chinesen überwiegend der Ausbildung wegen nach NRW zuwandern. Familiäre Gründe bzw. der Familiennachzug ist ein herausragendes Merkmal türkischer Staatsbürger/-innen beim Zuzug nach Deutschland.

<sup>4</sup> Allerdings lassen sich die Zuzüge nicht danach differenzieren, ob die Zuzüge sich auf Deutschland beziehen oder Ergebnis von Wanderungsbewegungen zwischen den Bundesländern sind.

Hervorzuheben ist Bosnien/Herzegowina; Staatsbürger/-innen aus diesem Land sind sowohl in großer Zahl wegen Erwerbstätigkeit zugewandert, wie sie aber auch Schutzstatus auf Basis des Asylrechts bekommen haben (s. Tabelle 2).

**Abbildung 4: Drittstaatsangehörige, denen im Jahr 2014 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, nach Bundesländern (in %)**



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Wanderungsmonitoring, Erwerbsmigration nach Deutschland, Jahresbericht 2014

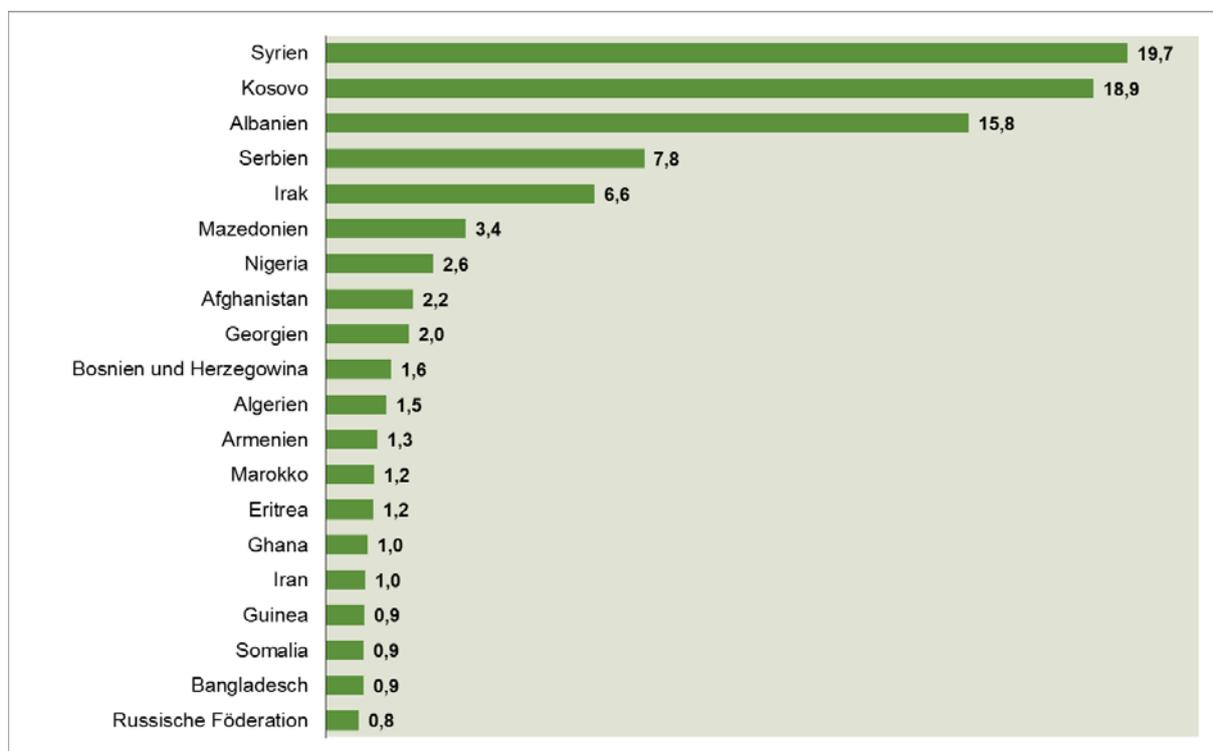
Im Bundesvergleich, der sich allerdings nur auf eine befristete oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis bezieht, wird deutlich, dass in NRW bezogen auf alle Zwecke der Grund für die Ausbildung und Erwerbstätigkeit unterdurchschnittlich ist. Überdurchschnittlich ist dagegen der Anteil derjenigen, die aus familiären Gründen zugewandert sind. Auch die humanitären, völkerrechtlichen oder politischen Gründe spielen eine etwas größere Rolle (s. Abbildung 4 und Tabelle 3).

## 4. Zuwanderung über Flucht und Asyl

Im Folgenden wird ausführlicher auf die Zuwanderung von Menschen eingegangen, die als Asylbewerber/-innen bzw. Flüchtlinge nach NRW zugezogen sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Steuerung der damit verbundenen Prozesse in erster Linie eine Bundesangelegenheit ist und die Bundesländer darauf wenig Einfluss haben. Die Asylbewerber/-innen werden den Bundesländern auf Basis des sogenannten Königsteiner Schlüssels zugewiesen und auch die Entscheidungen in den Asylverfahren trifft der Bund.

Die steigende Bedeutung der Zuwanderung durch Asyl und Flucht zeigt die Entwicklung der Erstanträge auf Asyl. In NRW ist die Zahl von 23.719 im Jahr 2013 auf über 40.000 im Jahr 2014 gestiegen. In den ersten fünf Monaten im Jahr 2015 wurden bereits die Zahlen erreicht, die in 2013 insgesamt gezählt wurden.

**Abbildung 5: Anteil der Asylanträge (Erstanträge) in NRW nach den 20 zugangsstärksten Herkunftsländern (Januar bis Mai 2015, in %)**

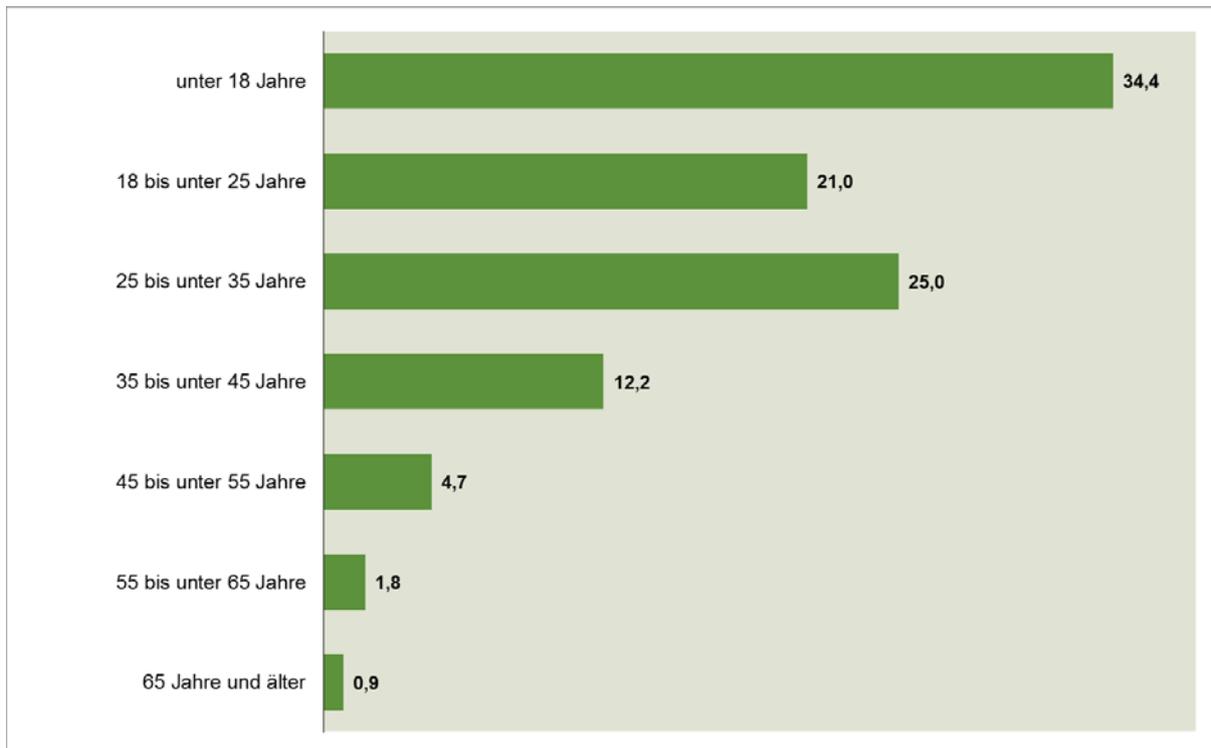


Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Asylgeschäftsstatistik

Mit fast 20 % kamen im Zeitraum von Januar bis Mai 2015 sehr viele Erstantragsteller/-innen aus Syrien, gefolgt von Asylbewerberinnen und -bewerbern aus dem Kosovo und Albanien. Damit kommen mehr als die Hälfte aller Erstantragsteller/-innen aus diesen drei Ländern.

Im Vergleich 2014 zu 2013 ist die Antragstellung aus diesen Ländern deutlich gestiegen. Anteilmäßig abgenommen hat dagegen die Antragstellung aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Hier dürfte die veränderte Regelung ab 2015 greifen, die diese Länder zu sogenannten sicheren Herkunftsstaaten deklariert hat (s. Abbildung 5 und Tabelle 4).

**Abbildung 6: Asylanträge (Erstanträge) nach Altersgruppen in NRW  
 (Januar bis Mai 2015, in %)**



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Asylgeschäftsstatistik

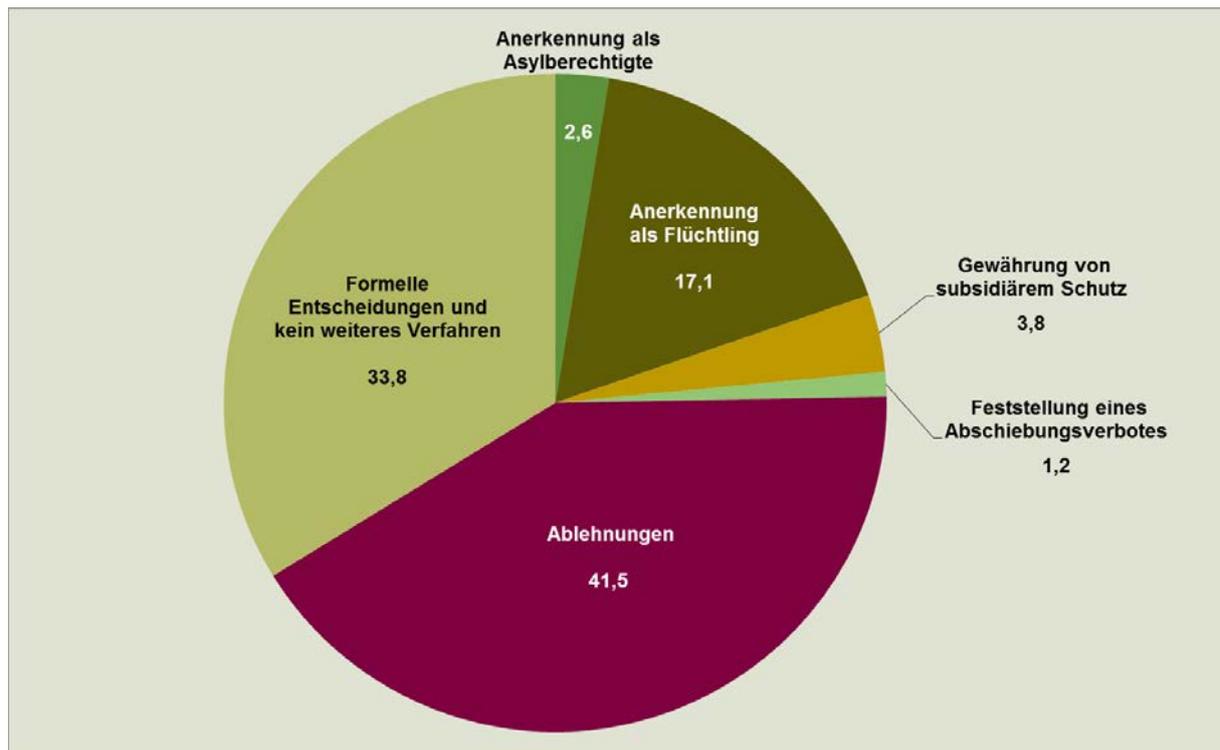
Die Asylbewerber/-innen sind überdurchschnittlich jung und männlich. Der Männeranteil liegt bei fast 2/3 (s. Tabelle 6) und über 50 % der Bewerber/-innen sind nicht älter als 25 Jahre (s. Abbildung 6 und Tabelle 5).

Zu den Erstanträgen auf Asyl kommen noch Folgeanträge auf Asyl, die nach Rücknahme oder endgültiger Ablehnung erneut gestellt werden können. In NRW waren von den insgesamt 49.267 Asylanträgen knapp 19 % Folgeanträge (9.221).

Es zeigt sich, dass insbesondere aus den Herkunftsstaaten Serbien und Mazedonien fast die Hälfte der Anträge Folgeanträge sind, während dieser Anteil in Herkunftsländern mit großen Asylbewerberzahlen wie Syrien und auch Albanien deutlich geringer ist (s. Tabelle 7). Die folgende Auswertung der Entscheidungen zu Asylanträgen bezieht sich auf beide Antragsformen.

Im Berichtsjahr 2014 wurden in Nordrhein-Westfalen zu 30.497 Asylanträgen Entscheidungen getroffen. Dabei gibt es unterschiedliche Formen des Abschlusses eines Asylverfahrens. In fast 20 % der Fälle wurde eine „Rechtstellung als Flüchtling“ (einschließlich Anerkennung als Asylberechtigte nach dem Grundgesetz) anerkannt. 5 % wurde der subsidiäre Schutz gem. § 4 Asylverfahrensgesetz gewährt bzw. es wurde ein Abschiebeverbot festgestellt (s. Abbildung 7).

Abbildung 7: Entscheidungen über Asylanträge in NRW (2014, in %)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Asylgeschäftsstatistik

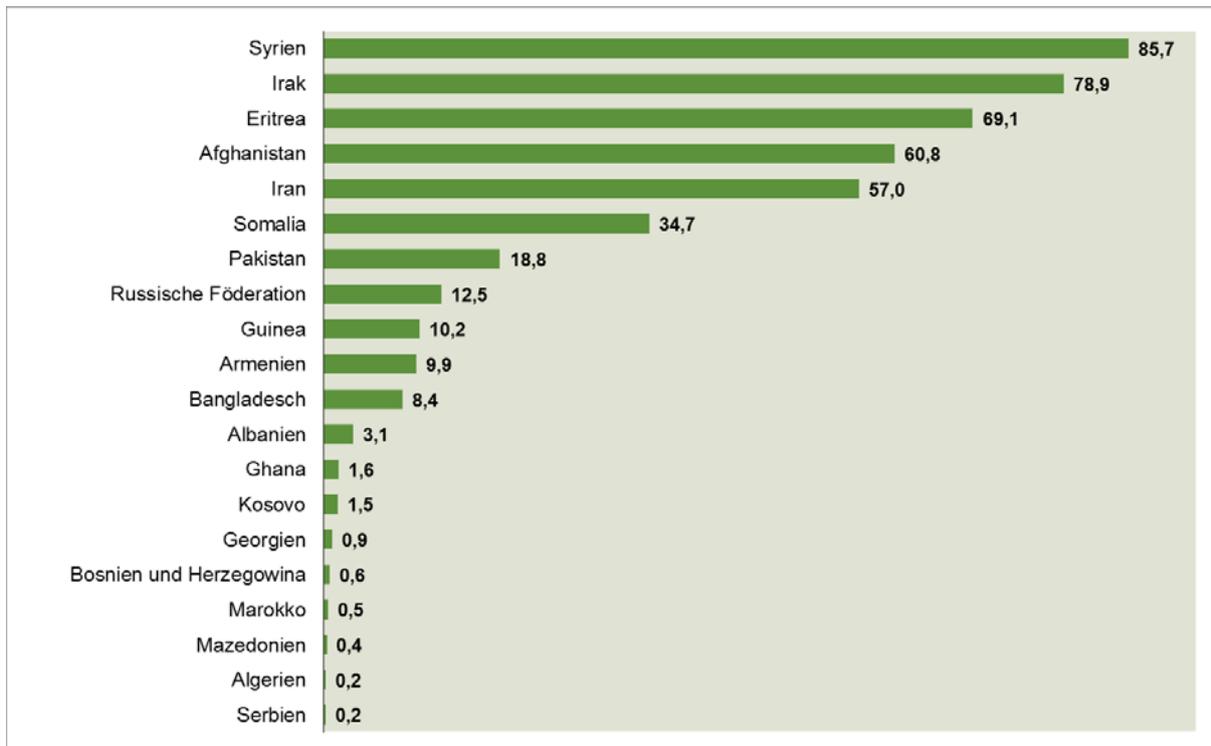
In 41,5 % der Fälle wurde das Asylverfahren durch einen Ablehnung entschieden und 33,8 % sind sogenannte formelle Entscheidungen, weil das BAMF nicht zuständig ist oder der Antrag zurückgezogen wurde (s. Abbildung 7). Dabei ist zu berücksichtigen, dass in vielen Fällen die Ablehnung nicht zu Abschiebung oder Ausreise führt, sondern die Flüchtlinge den aufenthaltsrechtlichen Status einer Duldung erhalten.

Aus der Anzahl der Entscheidungen, die einen Schutzgrund anerkennen (Anerkennung als Asylberechtigte, Anerkennung als Flüchtling, der Gewährungen von subsidiärem Schutz und Feststellungen eines Abschiebungsverbotes), lässt sich bezogen auf die Gesamtzahl der Entscheidungen eine Gesamtschutzquote berechnen, die 2014 in NRW bei 24,8 % lag, d. h. 24,8 % der Entscheidungen zu Asylanträgen führten dazu, dass die Antragsteller/-innen mit einem vergleichsweise sicheren Aufenthaltstitel in Nordrhein-Westfalen bleiben können. Diese Berechnung hält sich an das Vorgehen des BAMF; möglich ist auch die Berechnung einer bereinigten Schutzquote, die die formellen Entscheidungen und keine weiteren Verfahren außer Acht lässt. Dann ergibt sich für NRW 2014 eine Schutzquote von 37,4 % (s. Tabelle 8).

Im Vergleich zum bundesdeutschen Durchschnitt zeigt Nordrhein-Westfalen eine niedrigere Gesamtschutzquote, die bundesweit 2014 bei 31,5 % lag. Dies geht vor allem darauf zurück, dass in Nordrhein-Westfalen der Anteil der Ablehnungen höher ist (Bund: 33,4 %, s. Tabelle 8).<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Das Bundesamt in Zahlen 2014, Nürnberg 2015, S. 46. Die Unterschiede dürften u. a. auf Unterschiede beim Anteil der einzelnen Ländergruppen zurückgehen. So lag 2014 der

**Abbildung 8: Gesamtschutzquote nach den 20 zugangsstärksten Herkunftsländern in NRW (2014, in %)**



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Asylgeschäftsstatistik

Je nach Herkunftsstaat ist die Gesamtschutzquote deutlich unterschiedlich. Die höchste Schutzquote erreichten Asylsuchende aus Syrien, dem Irak und Eritrea. Am geringsten war sie für Bewerber/-innen aus Serbien, Algerien und Mazedonien (s. Abbildung 8).

Ende 2014 lebten rd. 70.000 anerkannte Flüchtlinge mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen in NRW. Rd. 35.000 lebten hier auf Basis einer Duldung und fast 41.000 war der Aufenthalt für die Dauer der Antragstellung auf Asyl gestattet (s. Übersicht 1). Zusammen können 145.880 Personen<sup>6</sup> als Zahl der zu dem Zeitpunkt in NRW lebenden Flüchtlinge interpretiert werden. Bezogen auf die Bevölkerung in NRW Ende 2014 (rd. 17.638 Mio.) machen sie 0,83 % aus.

Im ersten Halbjahr 2015 ist die Zahl der Flüchtlinge um 21.633 auf 168.253 Personen angewachsen (s. Übersicht 1). Damit werden bereits im ersten Halbjahr zwei Drittel des Zuwachs des gesamten Jahres 2014 erreicht. Anteilmäßig sind vor allem die Asylbewerber/-innen gestiegen.

Anteil der Asylerstanträge aus den Herkunftsländern Albanien, Kosovo, Serbien, Mazedonien und Bosnien/Herzegowina an allen Erstanträgen bundesweit bei zusammen 25 %, während dieser Anteil in NRW bei 31,4 % lag. Der Anteil der Anträge aus Syrien lag dagegen bundesweit bei 22,7 % und in NRW bei 19,3 % (vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Das Bundesamt in Zahlen 2014, Nürnberg 2015, S. 20 und Tabelle 4 im Anhang).

<sup>6</sup> Die Zahl ist in der Übersicht 1 und in der Tabelle 9 im Anhang leicht höher, weil hier auch Flüchtlinge aus der EU einbezogen sind.

## Übersicht 1:

Bevölkerung	Dezember 2014 absolut	Anteil in %	Vorjahres- änderung absolut	Vorjahres- änderung in %	Juni 2015 absolut	Anteil in %	Halbjahres- änderung absolut
<b>Insgesamt</b>	<b>17.638.098</b>	<b>100,0</b>	<b>-223.560</b>	<b>-1,3</b>			
darunter: Flüchtlinge	146.620	0,83	32.666	28,7	168.253		21.633
davon: anerkannte Flüchtlinge	70.404	48,0	9.958	16,5	78.786	46,8	8.382
geduldete Flüchtlinge	35.388	24,1	5.524	18,5	38.952	23,3	3.564
Asylbewerber/-innen	40.828	27,8	17.184	72,7	50.515	30,0	9.687
<b>Nachrichtlich:</b>							
Empfänger/-innen von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	86.356		28.990	50,5			

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamts, Ausländerzentralregister, Sozialberichterstattung NRW

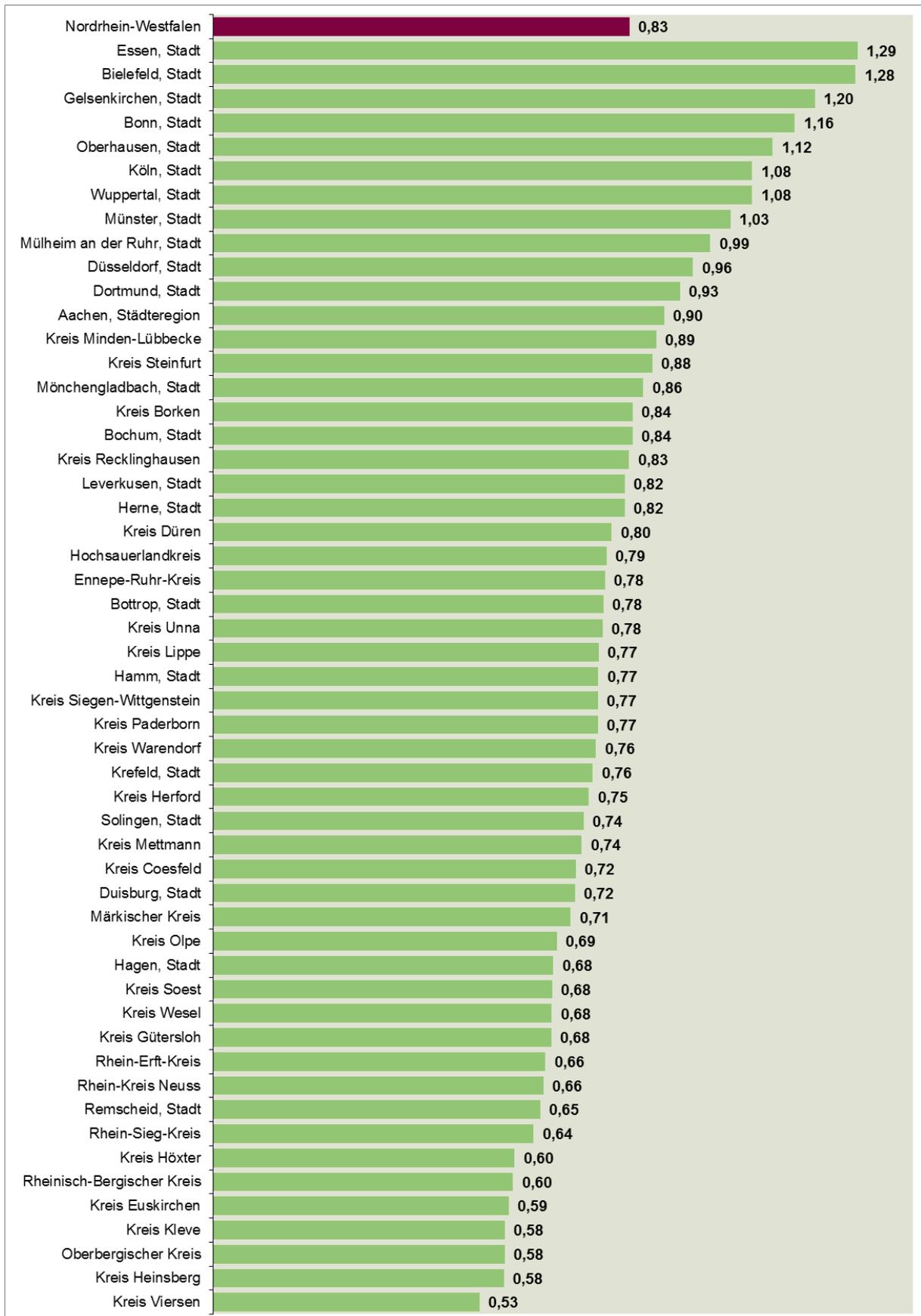
Der Sozialberichterstattung zu Mindestsicherungsleistungen der Kommunen ist zu entnehmen, dass Ende 2014 86.356 Personen Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen haben (s. Tabelle 9). Die Zahl liegt über der Zahl der Flüchtlinge mit Duldungsstatus und Aufenthaltsgestattung (76.216) und könnte mit Zeitverzögerungen zwischen Änderung des Aufenthaltstitels und Wechsel im Leistungsbezug vom Asylbewerberleistungsgesetz zur Leistung der Grundsicherung nach SGB II erklärt werden. Im Vergleich zu 2013 ist die Zahl um mehr als 50 % gestiegen.

Bezogen auf die einzelnen Gebietskörperschaften zeigt sich eine weite Spannweite dieses Anteils. Er reicht von 1,29 % bzw. 1,28 % in Essen und Bielefeld bis 0,53 % im Kreis Viersen. Der Anteil dürfte u. a. davon abhängen, ob in der Kommune Erstaufnahmeeinrichtungen oder zentrale Unterbringungseinheiten eingerichtet wurden. Dies gilt z. B. für Bielefeld und Dortmund (s. Abbildung 9 und Tabelle 9).

Für den Zugang zu Leistungen nach dem SGB II bzw. für den Zugang zum Arbeitsmarkt ist der Aufenthaltsstatus der Flüchtlinge von großer Bedeutung. Auch hier unterscheiden sich die Gebietskörperschaften erheblich. Landesweit hat knapp die Hälfte (48,0 %) der Flüchtlinge einen Schutzstatus mit einer befristeten Aufenthaltserlaubnis. Dieser Anteil ist in Bonn mit rd. 67,1 % am höchsten und im Kreis Heinsberg mit rd. 28 % am geringsten (s. Abbildung 10).

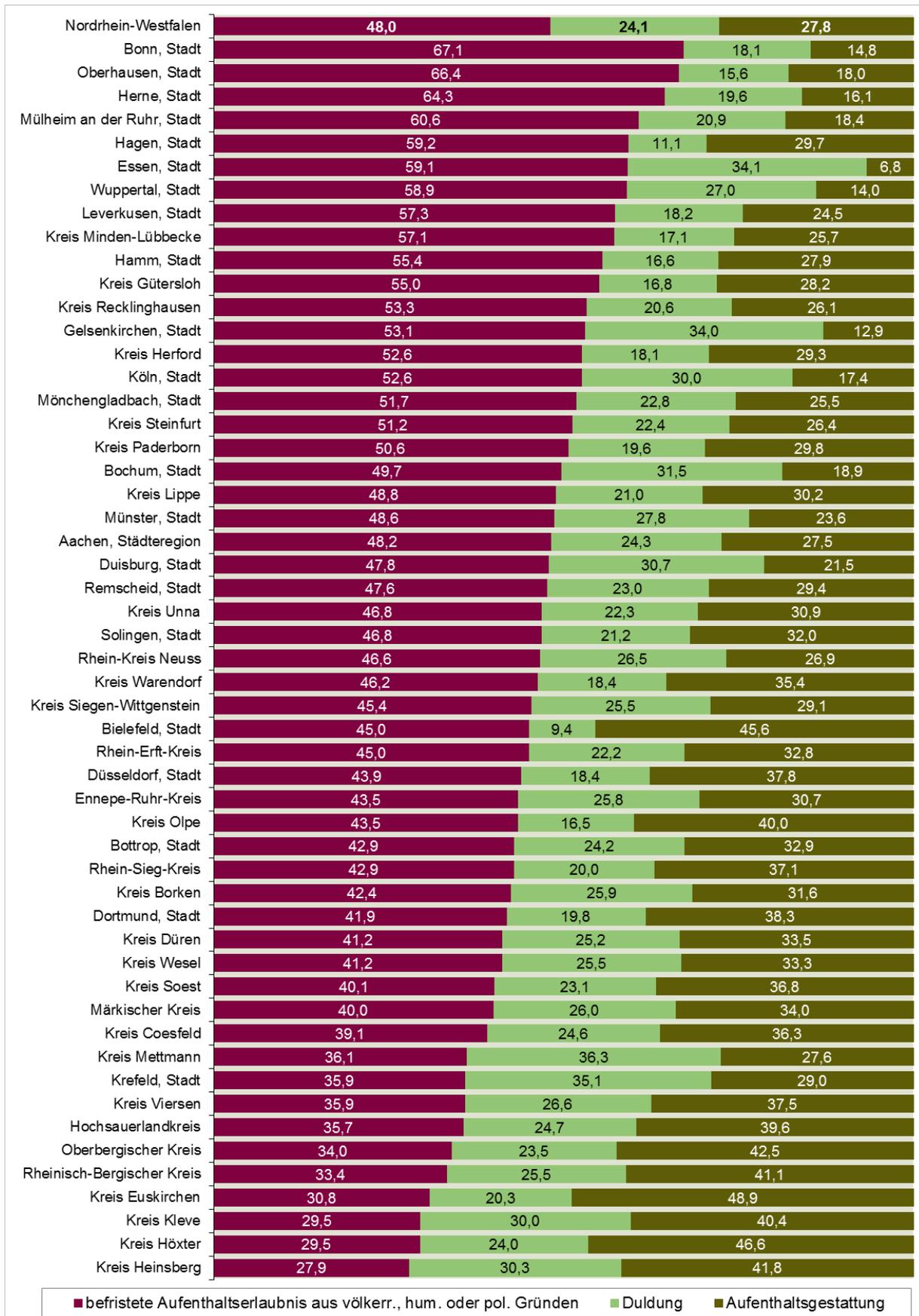
Noch im Asylverfahren sind Flüchtlinge mit einer Aufenthaltsgestattung. Der Anteil liegt landesweit bei 27,8 %. Acht Kommunen weisen einen Anteil von 40 % und mehr auf mit dem Kreis Euskirchen an der Spitze (48,9 %). Bei den Städten Bielefeld und Dortmund ist der hohe Anteil wiederum mit der dort angesiedelten Erstaufnahmeeinrichtung zu erklären. 24,1 % der Flüchtlinge hielten sich Ende 2014 mit einem Duldungsstatus in NRW auf. Hier bewegt sich die Spannweite zwischen 36,3 % im Kreis Mettmann und 9,4 % in Bielefeld (s. Abbildung 10 u. Tabelle 10).

Abbildung 9: Anteil der Flüchtlinge und Asylbewerber an der Bevölkerung nach Gebietskörperschaften (Stand: Dezember 2014, in %)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamts, Ausländerzentralregister

Abbildung 10: Flüchtlinge und Asylbewerber nach Aufenthaltsstatus und nach Gebietskörperschaften (Stand: Dezember 2014, in %)



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamts, Ausländerzentralregister

## 5. Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt

Eine genaue Abbildung der Arbeitsmarktbeteiligung von Flüchtlingen ist nicht möglich. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit lassen sich die Daten in der Arbeitslosenstatistik z. B. zum Aufenthaltsstatus nicht belastbar auswerten. Die Bundesagentur für Arbeit schlägt daher vor, ein Aggregat zu bilden aus Personen mit einer Staatsangehörigkeit aus den zugangsstärksten Herkunftsländern von Asylbewerbern<sup>7</sup>. Im Ergebnis gilt dies bundesweit für die Staaten Afghanistan, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Eritrea, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Serbien, Somalia, Syrien und die Ukraine. Aus diesen Ländern stammen auf Basis der Angaben aus dem Ausländerzentralregister landesweit rd. 65 % aller Flüchtlinge. Als Flüchtlinge werden in diesem Zusammenhang Ausländer/-innen mit zeitlich befristeter Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären und politischen Gründen, mit einer Aufenthaltsgestattung und mit einer Duldung gezählt. Auf Basis dieser Festlegung liegen Daten für NRW vor, die die Grundlage für die folgenden Auswertungen sind.

Im Juni 2015 waren 412.511 Personen aus den genannten Herkunftsländern in NRW wohnhaft, rd. 28 % sind Flüchtlinge (rd. 114.200). Im Jahr 2014 stieg die Bevölkerung aus diesen Ländern um 11,6 % und geht sehr stark auf die Zuwanderung von Flüchtlingen zurück, weil in dieser Teilgruppe der Anstieg bei über 37 % lag bzw. zwei Drittel des Veränderungswerts gehen auf Flüchtlinge zurück (s. Übersicht 2).

Unabhängig vom Flüchtlingsstatus stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten aus diesen Ländern im März 2015 gegenüber dem Vorjahr um 4,6 %, im Vergleich dazu ist die Beschäftigung insgesamt in NRW in diesem Zeitraum nur um 2,0 % gestiegen. Leicht gestiegen ist die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten; ihre Zahl stieg um 1,3 % während sie insgesamt in NRW um 3,4 % zurückgegangen ist<sup>8</sup>.

Aus der Grundsicherungsstatistik (SGB II) liegen aktuellere Zahlen vor; demnach stieg die Zahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften aus den Herkunftsländern im Juni 2015 gegenüber dem Vorjahr um 24,0 %, im Vergleich dazu lag der Anstieg insgesamt in NRW bei 1,4 %. Zudem ist der Anstieg noch deutlicher als im Zeitraum Dezember 2014 zu Dezember 2013 (11,1 %). Eine vergleichbare Tendenz zeigt sich auch bei der Entwicklung der Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.

Im September 2015 waren 114.248 Personen aus den ausgewählten Herkunftsländern beim Jobcenter oder der Agentur für Arbeit als erwerbsfähig gemeldet. Mit rd. 93 % werden diese überwiegend im Rechtskreis SGB II betreut. Fast 75 % der erwerbsfähigen Personen sind als arbeitsuchend gemeldet, von diesen sind rd. 59 % arbeitslos. Die nicht arbeitslosen Arbeit-suchenden dürften zum Teil Teilnehmer/-innen an Fördermaßnahmen sein, wobei hier auch die Integrationskurse des BAMF Berücksichtigung finden.

Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr geht dabei auch ausschließlich auf Personen im SGB II zurück. Im Rechtskreis SGB III gingen die Zahlen sogar leicht zurück. Hintergrund dürfte

---

<sup>7</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Sachstandsbericht Statistische Informationen zum Thema Asyl/Flüchtlinge, Nürnberg, 5. Juni 2015

<sup>8</sup> Die Angaben für NRW insgesamt sind dem G.I.B. Arbeitsmarktreport NRW 2015, 3. Quartal, Oktober 2015 entnommen.

sein, dass Flüchtlinge in der Regel erst dann registriert werden, wenn eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde und der Zugang zum Arbeitsmarkt möglich ist.

## Übersicht 2: Personen aus den zugangsstärksten Herkunftsländern von Asylbewerbern<sup>1)</sup> nach Aufenthaltsstatus und Beteiligung am Arbeitsmarkt in NRW

		Aggregat <sup>1)</sup> Dez. 2014 absolut	Anteil an Insgesamt in %	Vorjahres- änderung Aggregat absolut	Vorjahres- änderung Aggregat in %	Vorjahres- änderung Insgesamt in %	Aggregat <sup>1)</sup> aktueller Rand <sup>2)</sup> absolut	Anteil an Insgesamt	Vorjahres- änderung Aggregat absolut	Vorjahres- änderung Aggregat in %	Vorjahres- änderung Insgesamt in %
Beschäftigung	sozialversicherungspflichtig	71.011	1,1	1.937	2,8	1,5	72.371	1,1	3.150	4,6	2,0
	ausschließlich geringfügig	26.853	2,1	1.200	4,7	-1,5	26.167	2,1	346	1,3	-3,2
Grundsicherung	Personen in BG	112.209	7,0	11.178	11,1	1,2	131.628	7,9	25.494	24,0	1,9
	darunter: eLb	86.461	7,6	8.216	10,5	1,0	100.718	8,5	18.358	22,3	1,8
gemeldete erwerbsfähige Personen	insgesamt	96.115	6,2	7.183	8,1	-0,4	114.248	7,4	20.964	22,5	-0,2
	darunter: arbeitsuchend	71.697	5,9	5.908	9,0	-0,3	85.123	7,1	15.878	22,9	-0,9
	darunter: arbeitslos	41.819	5,7	2.316	5,9	-3,0	50.450	6,9	8.978	21,6	-2,1
	im RK SGB III	8.124	2,2	-222	-2,7	-5,1	7.723	2,3	152	2,0	-5,8
	darunter: arbeitsuchend	7.566	2,2	-289	-3,7	-4,9	6.978	2,2	-123	-1,7	-6,3
	darunter: arbeitslos	4.258	2,2	-329	-7,2	-6,0	4.017	2,2	-228	-5,4	-8,4
	im RK SGB II	87.991	7,4	7.405	9,2	1,1	106.525	8,8	20.812	24,3	1,4
	darunter: arbeitsuchend	64.131	7,3	6.197	10,7	1,7	78.145	8,8	16.001	25,7	1,2
darunter: arbeitslos	37.561	7,0	2.645	7,6	-1,9	46.433	8,5	9.206	24,7	0,2	

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Grundsicherungsstatistik, Statistik der gemeldeten erwerbsfähigen Personen, Ausländerzentralregister

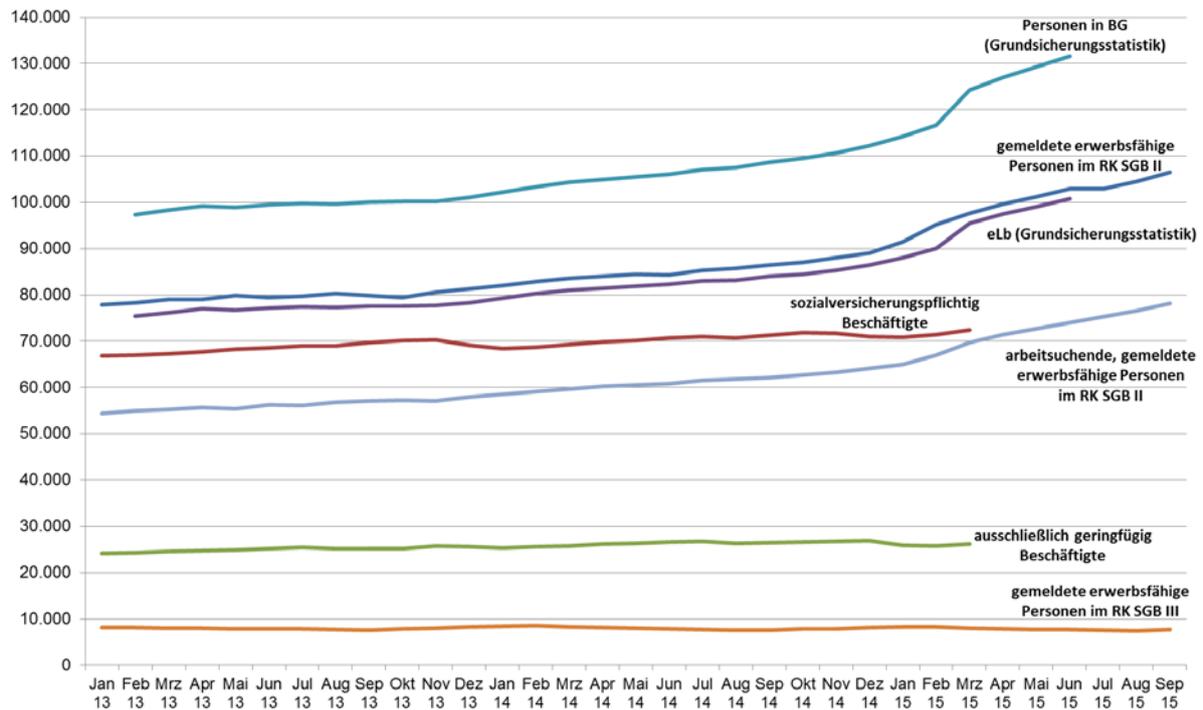
- 1) Summe aus Afghanistan, Albanien, Bosnien-Herzegowina, Eritrea, Irak, Iran, Kosovo, Mazedonien, Nigeria, Pakistan, Russische Föderation, Serbien, Somalia, Syrien, Ukraine
- 2) Beschäftigungsstatistik: März 2015, Grundsicherungsstatistik: Juni 2015, Statistik der gemeldeten erwerbsfähigen Personen: September 2015

Bei der Betrachtung einer längeren Zeitreihe ab Januar 2013 wird deutlich, dass die Beschäftigung insgesamt relativ konstant verlief. Dies gilt sowohl für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wie auch für die ausschließlich geringfügige Beschäftigung (s. Abbildung 11).

Sehr viel stärkere Zuwächse weisen Personen aus Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II aus und entsprechend die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten als Teilmenge daraus. Dies gilt insbesondere für den Zeitraum ab Anfang 2015.

Die Zahl der gemeldeten erwerbsfähigen Personen zeigt ebenfalls einen klaren Anstieg unter den Personen des Aggregats, der sich bis September 2015 fortsetzt – allerdings nur im Rechtskreis des SGB II. Im Rechtskreis SGB III sind die Zahlen für die Personen des Aggregats bis Juli 2015 relativ stabil und entwickeln sich 2015 eher rückläufig. Hintergrund könnte sein, dass die Flüchtlinge, die als Asylbewerber/-innen und geduldete Flüchtlinge (noch) keinen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen haben, nur in geringem Umfang bei den Agenturen für Arbeit als erwerbsfähige Personen gemeldet wurden.

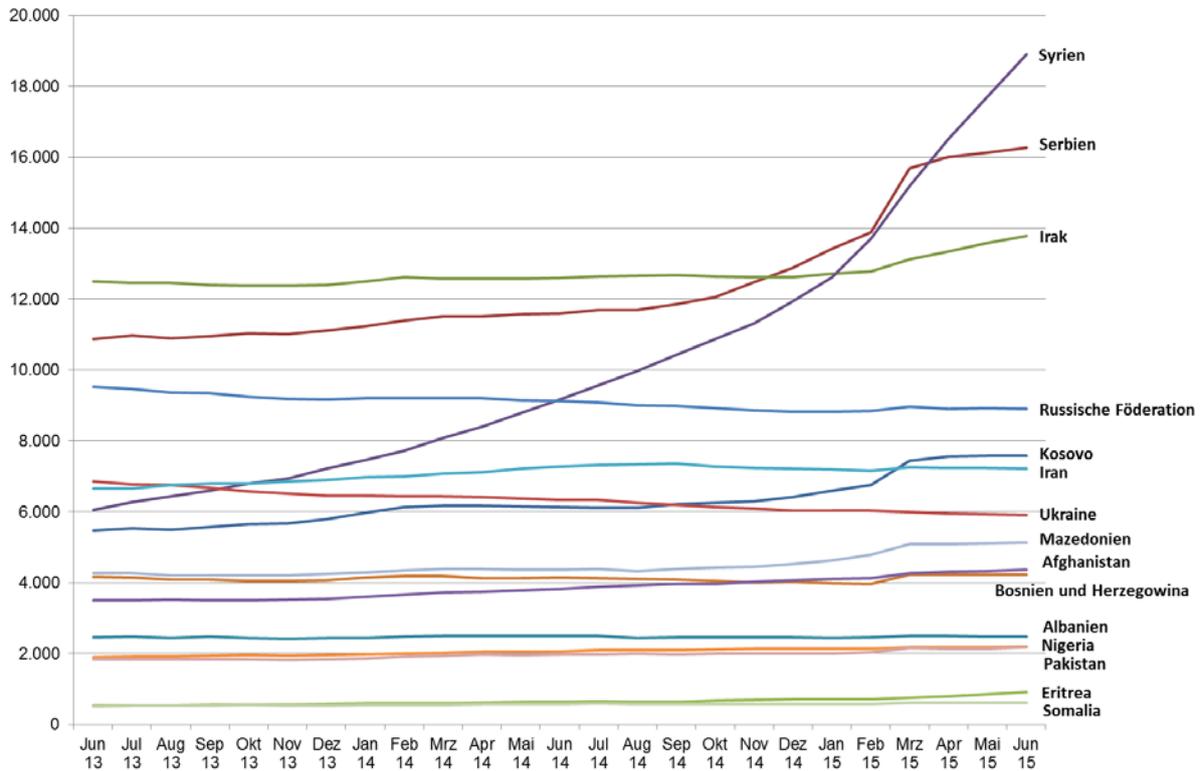
**Abbildung 11: Beschäftigung und soziale Sicherung von Personen aus den häufigsten Asylzugangsländern, NRW Januar 2013 bis September 2015**



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik, Grundsicherungsstatistik, Statistik der gemeldeten erwerbsfähigen Personen

Abbildung 12 zeigt, anhand der Fallzahlenentwicklung erwerbsfähiger Leistungsberechtigter in der Grundsicherungsstatistik, dass sich die Entwicklungen für die einzelnen Staatsangehörigkeiten sehr unterschiedlich darstellen. Insbesondere die Zahl der Syrer hat sich innerhalb von zwei Jahren von 6.000 auf 19.000 erwerbsfähige Leistungsberechtigte mehr als verdreifacht.

Abbildung 12: Entwicklung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) aus den häufigsten Asyloberkunftsländern, NRW Juni 2013 bis Juni 2015



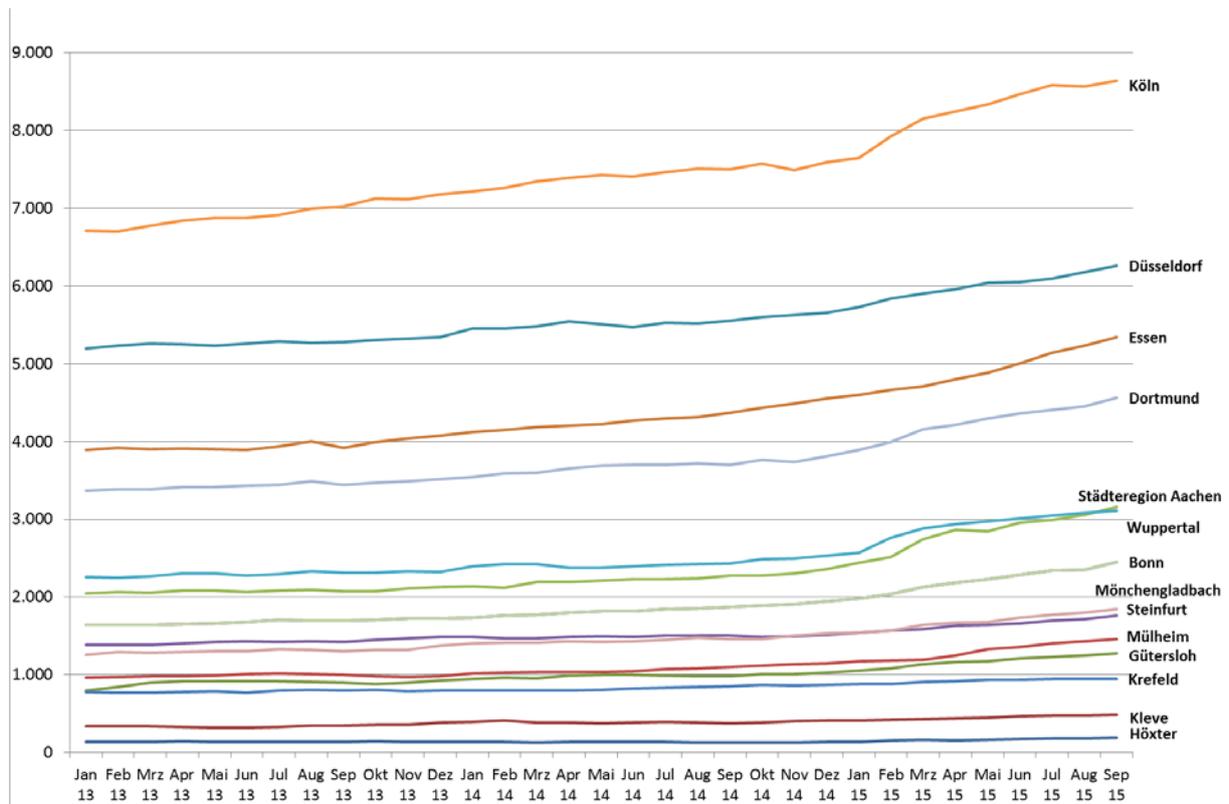
Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Grundsicherungsstatistik

Wie bereits am Anteil der Flüchtlinge an der Bevölkerung deutlich wurde, unterscheiden sich die Kommunen sehr deutlich. Entsprechend unterscheiden sich die Kommunen auch bei den Personengruppen im Hinblick auf den Zugang zum Arbeitsmarkt.

Arbeitsmarktnah sind insbesondere die gemeldeten erwerbsfähigen Personen<sup>9</sup> aus beiden Rechtskreisen, die arbeitsuchend sind. Im Januar 2013 lag deren Zahl aus den häufigsten Asyloberkunftsländern in NRW insgesamt bei 62.099 und stieg bis September 2015 auf 85.123. In den ausgewählten Kommunen stellt sich die Entwicklung sehr unterschiedlich dar (s. Abbildung 13). Zum einen wird deutlich, dass in vielen Kommunen der Anstieg vor allem im Jahr 2015 stark ausfällt. Zum anderen zeigt sich, dass es insbesondere die kreisfreien Städte sind, in denen die Zahlen ansteigen. In Landkreisen wie Kleve, Olpe und Höxter sind die Zahlen deutlich niedriger, können aber auch auf dem geringen Niveau deutlich ansteigen (z. B. Höxter). Hintergrund dürfte sein, dass anerkannte Flüchtlinge Freizügigkeit genießen und nicht mehr an den Aufenthaltsort während des Asylverfahrens gebunden sind. Sie erwarten in den Großstädten möglicherweise nicht nur einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt, sondern orientieren sich auch am Aufenthaltsort von bereits in NRW lebenden Familien und Landsleuten.

<sup>9</sup> Zur Definition dieser Gruppe s. Glossar

**Abbildung 13: Entwicklung der arbeitsuchenden gemeldeten erwerbsfähigen Personen in NRW nach ausgewählten Kommunen, NRW**



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Statistik der gemeldeten erwerbsfähigen Personen

Im Folgenden werden die aktuellen Daten (September 2015) zu den gemeldeten erwerbsfähigen Personen für NRW für alle Gebietskörperschaften präsentiert. Zusätzlich wird nach Arbeitsmarktstatus unterschieden.

Von allen gemeldeten erwerbsfähigen Personen aus den zugangsstärksten Herkunftsländern von Asylbewerbern sind landesweit 74,5 % arbeitsuchend. Rd. 44 % sind arbeitslos und stehen dem Arbeitsmarkt unmittelbar zur Verfügung. In fünf Gebietskörperschaften mit Herne an der Spitze liegt dieser Anteil bei über 50 %. Sieben Gebietskörperschaften weisen Anteile von unter 40 % aus, am geringsten ist er in Mönchengladbach mit rd. 37 % (s. Abbildung 14).

Rd. 30 % sind landesweit im September 2015 arbeitsuchend, aber nicht arbeitslos gemeldet. Auch weisen die Kreise und Städte große Unterschiede auf und zwar in einer Spannweite von 15,4 % bis zu 36,5 %. Mit über 37 % ist der Anteil derjenigen, die nicht arbeitsuchend sind, im Kreis Minden-Lübbecke überdurchschnittlich hoch. Hier weist Wuppertal mit 21,4 % den niedrigsten Wert auf (s. Abbildung 14 und Tabelle 11).

Der Anteil der gemeldeten erwerbsfähigen Personen aus den zugangsstärksten Herkunftsländern von Asylbewerbern an allen gemeldeten erwerbsfähigen Personen im Rechtskreis SGB II und SGB III lag im September 2015 bei 7,4 %. In den Städten Düsseldorf, Bonn, und Mülheim an der Ruhr liegt der Wert zum Teil deutlich über 12 % (s. Abbildung 15 und Tabelle 12). 3,1 % ist der Anteil in den Kreisen Höxter und Heinsberg und könnte mit den unterdurchschnittlich geringen Anteilen anerkannter Flüchtlinge zusammenhängen (s. Abbildung 10).

Die Zahl der gemeldeten erwerbsfähigen Personen aus den zugangsstärksten Herkunftsländern hat im September 2015 gegenüber dem Vorjahr landesweit um 22,5 % zugenommen. Hohe Zuwachszahlen von über 45 % verzeichnen Bottrop und der Kreis Höxter. Am geringsten ist die Zunahme mit 10,3 % in Düsseldorf (s. Abbildung 16 und Tabelle 12).

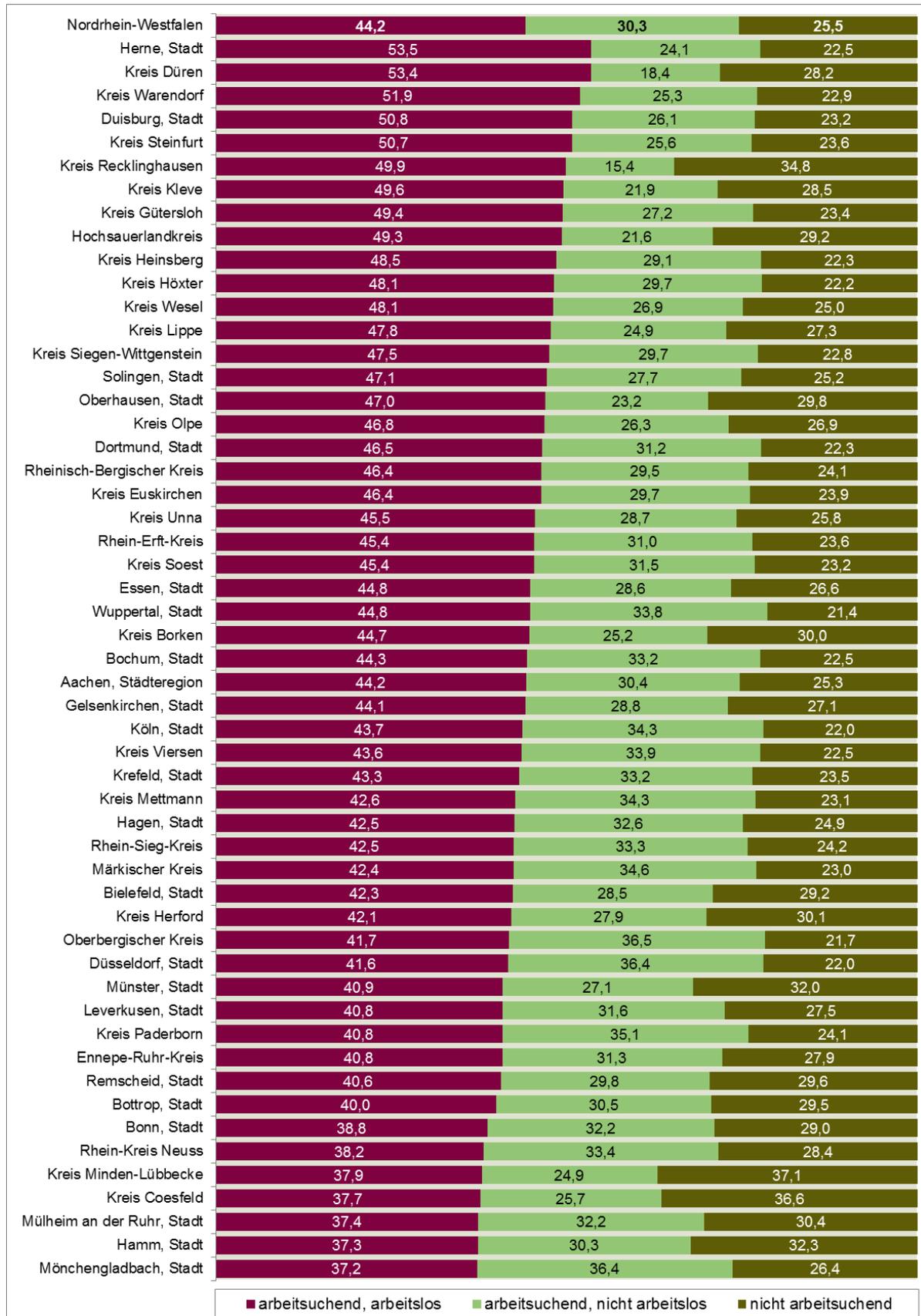
Anders als bei den erwerbsfähigen Personen, die überwiegend arbeitssuchend sind, ist der Anteil der Beschäftigten aus den ausgewählten Herkunftsländern an allen Beschäftigten sehr gering. Landesweit werden im März 2015 1,1 % erreicht, zwischen den Gebietskörperschaften schwankt der Wert von 1,6 % in Düsseldorf bis 0,5 % im Kreis Höxter. Auch bei den geringfügig Beschäftigten markieren diese Kommunen den höchsten und niedrigsten Wert (Düsseldorf: 4 %, Kreis Höxter: 0,7 %). Landesweit kommen im März 2015 2,1 % aller geringfügig Beschäftigten aus den zugangsstärksten Herkunftsländern (s. Tabelle 13).

Die Dynamik im Bereich Beschäftigung ist allerdings ausgeprägter. Gegenüber März 2014 hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im März 2015 um 4,6 % und die geringfügige Beschäftigung um 2,1 % zugenommen. Ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau ist bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit 20,9 % die Steigerung im Kreis Höxter am größten. Zahlenmäßig stark ist der Zuwachs insbesondere im Kreis Steinfurt. Bei der Steigerung der geringfügigen Beschäftigung liegt Herne mit 21,3 % an der Spitze (s. Abbildung 17, Abbildung 18 und Tabelle 13).

Für die Jobcenter ist die Zahl der Personen in einer Bedarfsgemeinschaft nach dem SGB II eine relevante Größe, weil davon der Umfang der Leistungsgewährung abhängig ist. Im Juni 2015 stammen landesweit 131.628 Personen in Bedarfsgemeinschaften aus den zugangsstärksten Asylherkunftsländern. Der Anteil an allen Personen beträgt damit 7,9 %. Mit über 13 % ist der Anteil in den Städten Düsseldorf, Mülheim an der Ruhr und Bonn deutlich überdurchschnittlich. Mit 12,2 % erreicht aber auch der Kreis Steinfurt einen vergleichsweise hohen Wert (s. Abbildung 19 und Tabelle 14).

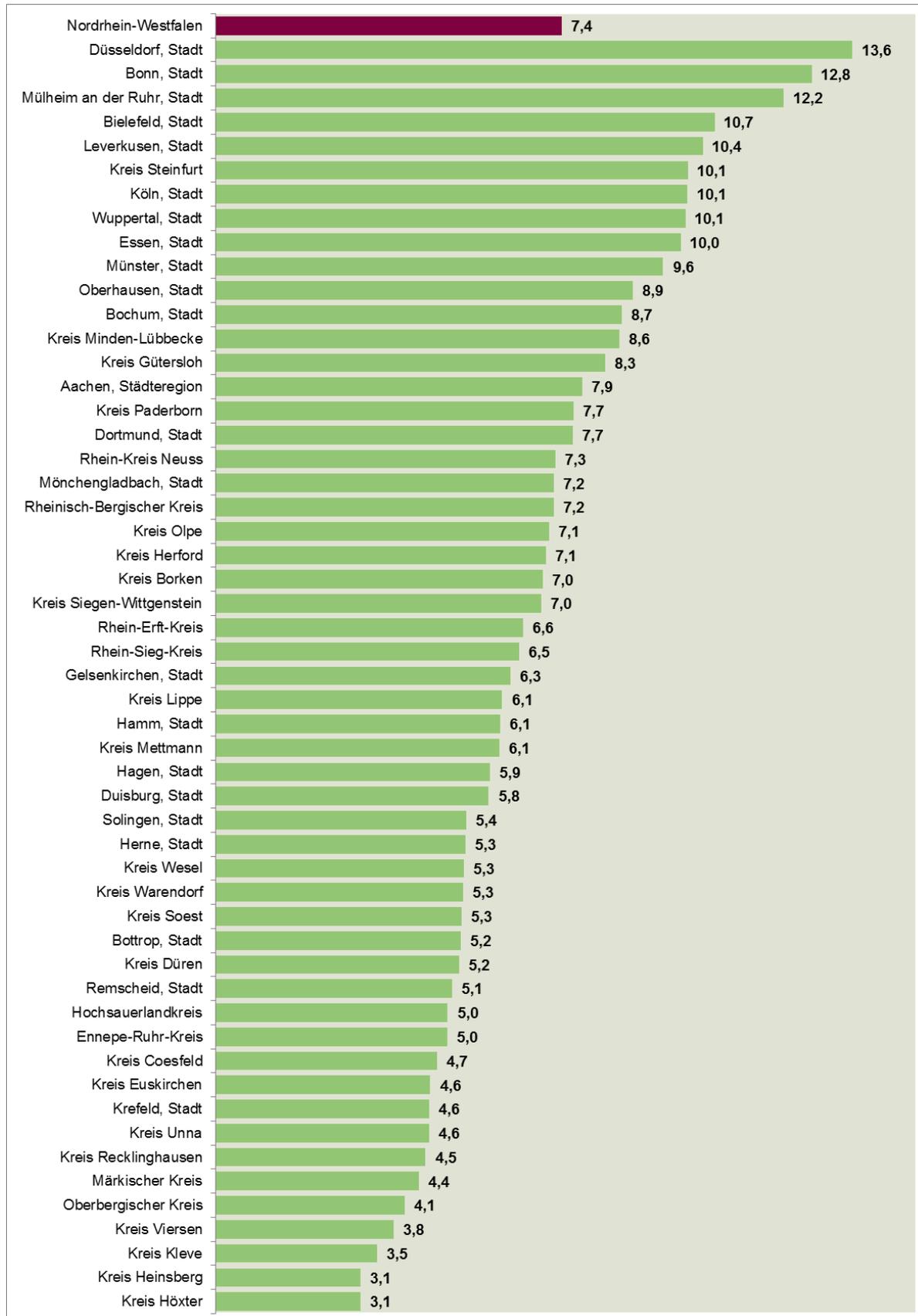
Die Zahl ist gegenüber dem Vorjahr um 24 % gestiegen und dürfte vor allem auf die Zuwanderung von Flüchtlingen zurückgehen. Eine sehr hohe Zuwachsrate zeigt sich insbesondere bei der Stadt Bottrop (57,3 %). Bei einem hohen Anteil ist die Steigerung in Düsseldorf dagegen deutlich unterdurchschnittlich (s. Abbildung 20 und Tabelle 14).

**Abbildung 14: Gemeldete erwerbsfähige Personen aus den zugangsstärksten Herkunftsländern von Asylbewerbern nach Arbeitsmarktstatus und nach Gebietskörperschaften (Stand: September 2015, in %)**



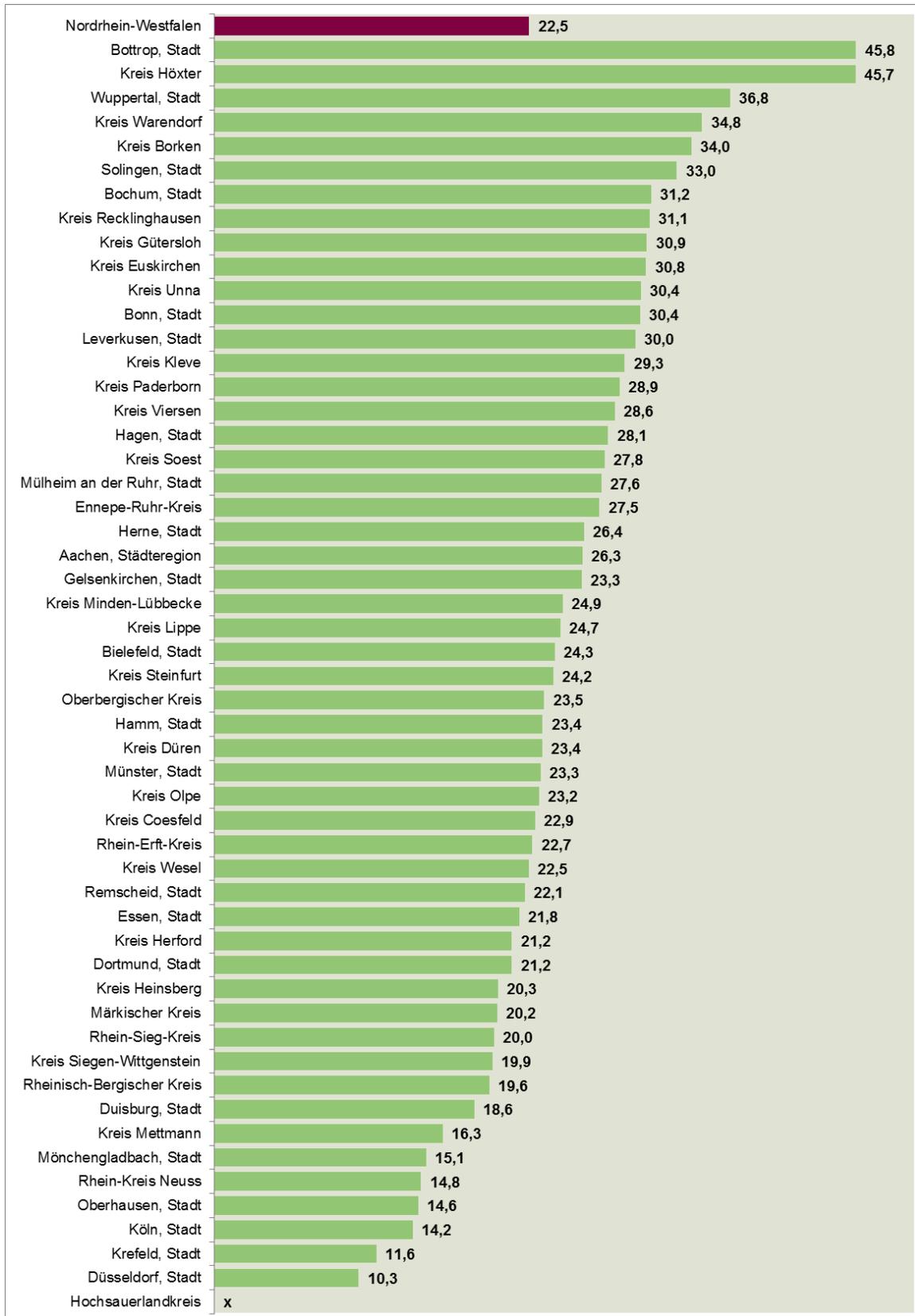
Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ausländerzentralregister

**Abbildung 15: Anteil der gemeldeten erwerbsfähigen Personen aus den zugangsstärksten Herkunftsländern an allen erwerbsfähigen Personen nach Gebietskörperschaften (Stand: September 2015, in %)**



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit

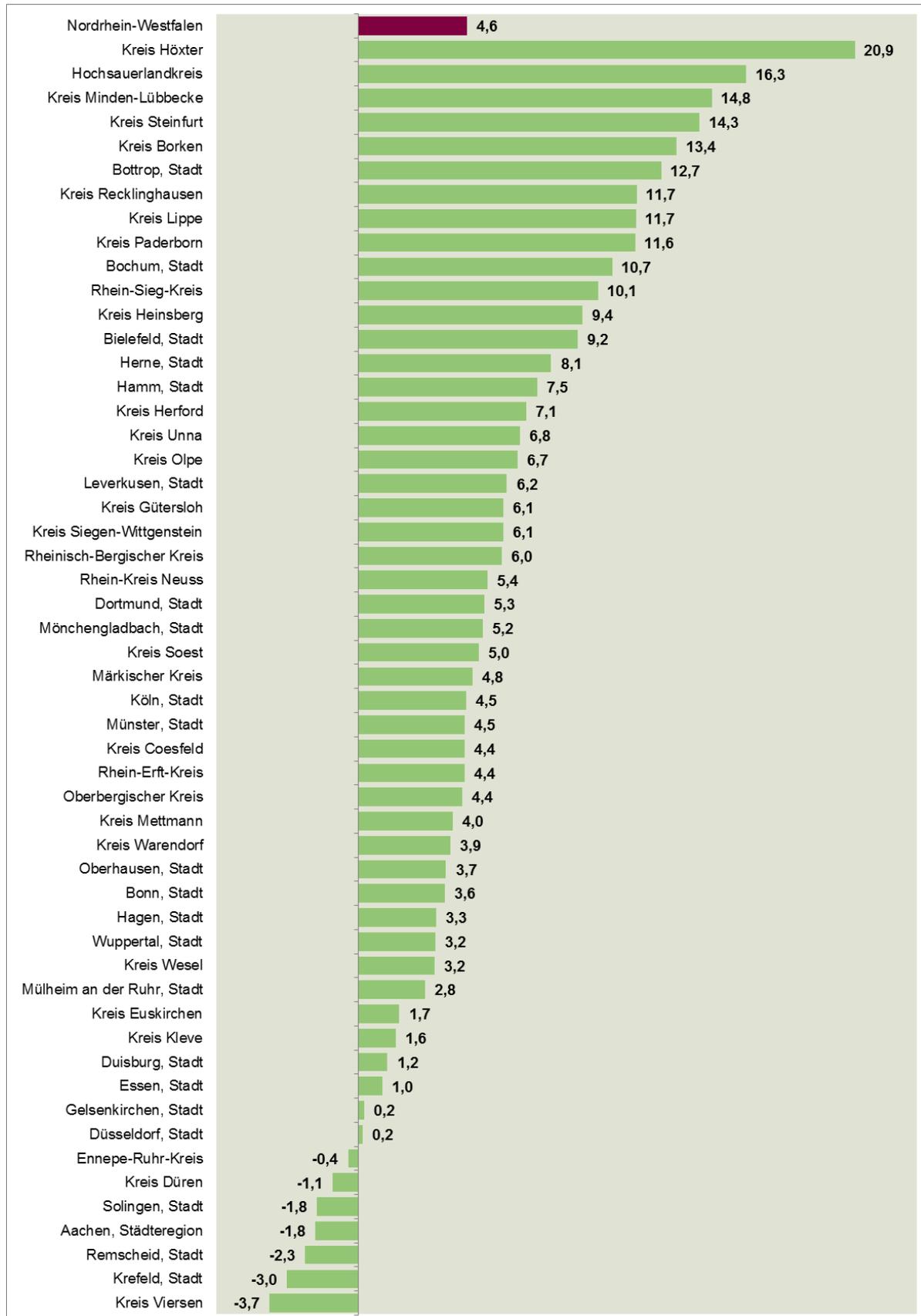
**Abbildung 16: Gemeldete erwerbsfähige Personen aus den zugangsstärksten Herkunftsländern nach Gebietskörperschaften (Veränderung September 2015 ggü. September 2014)**



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit

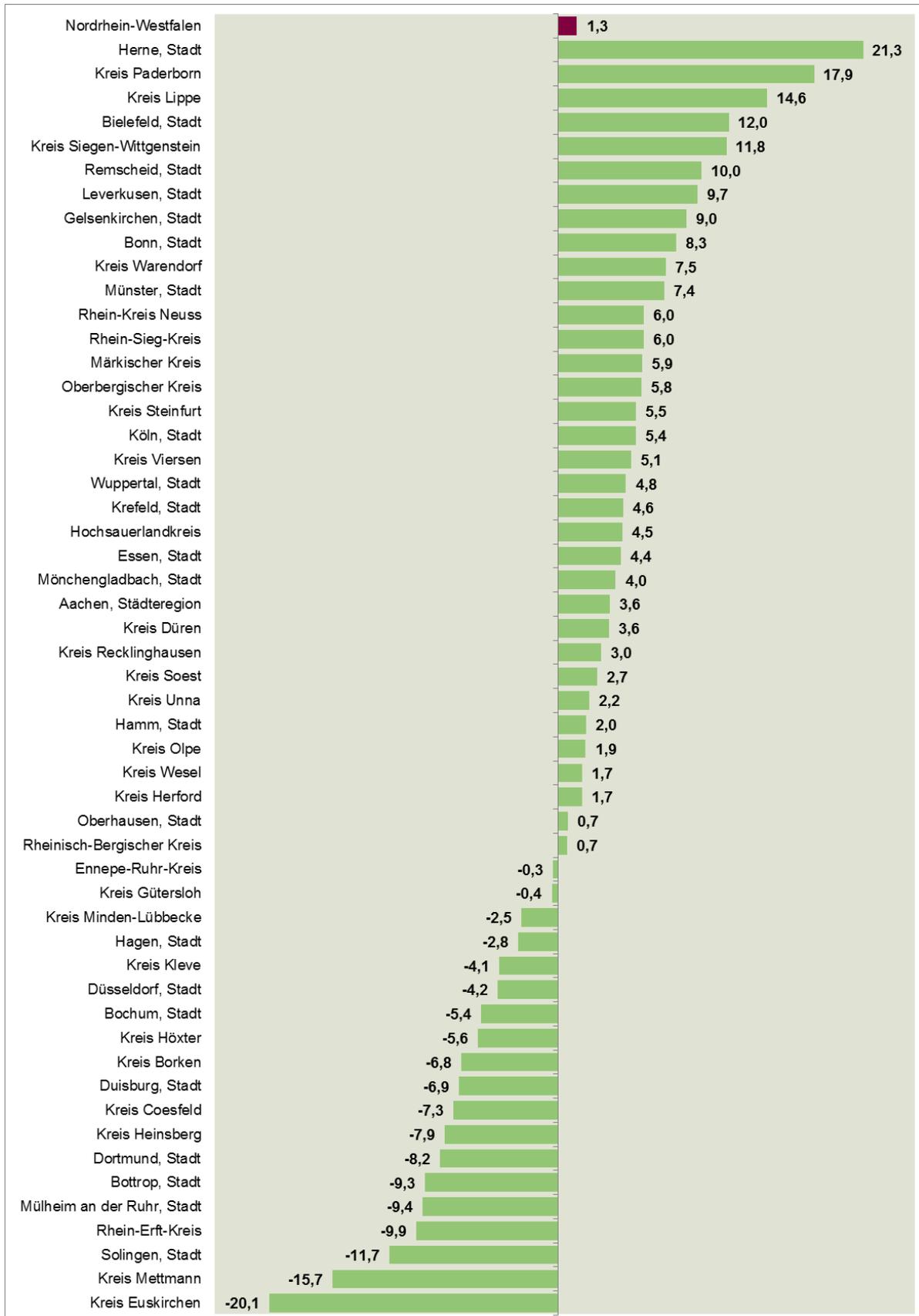
x Daten liegen nicht vor.

**Abbildung 17: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort aus den zugangsstärksten Herkunftsländern nach Gebietskörperschaften (Veränderung März 2015 ggü. März 2014)**



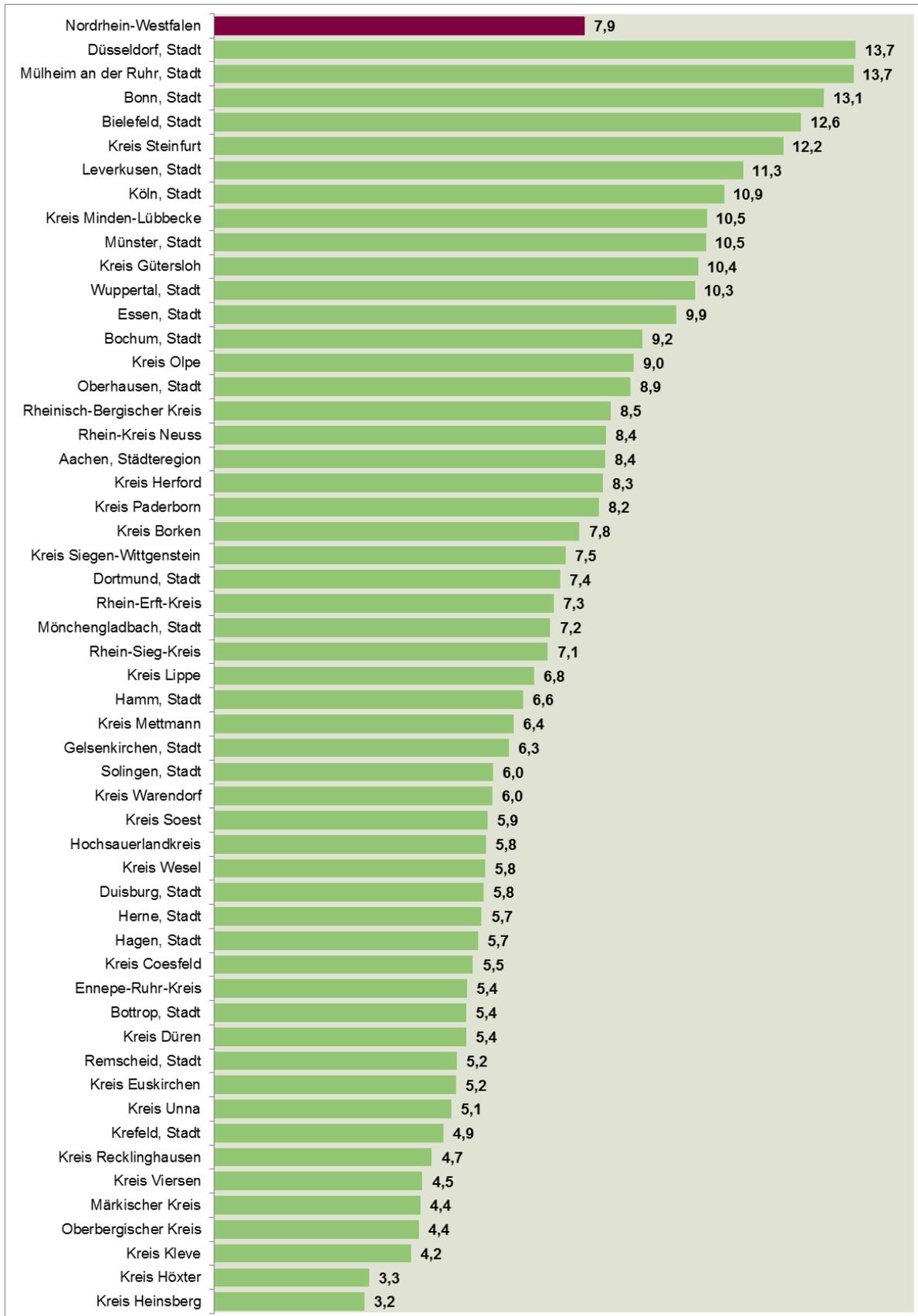
Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik

**Abbildung 18: Ausschließlich geringfügig Beschäftigte am Arbeitsort aus den zugangsstärksten Herkunftsländern nach Gebietskörperschaften (Veränderung März 2015 ggü. März 2014)**



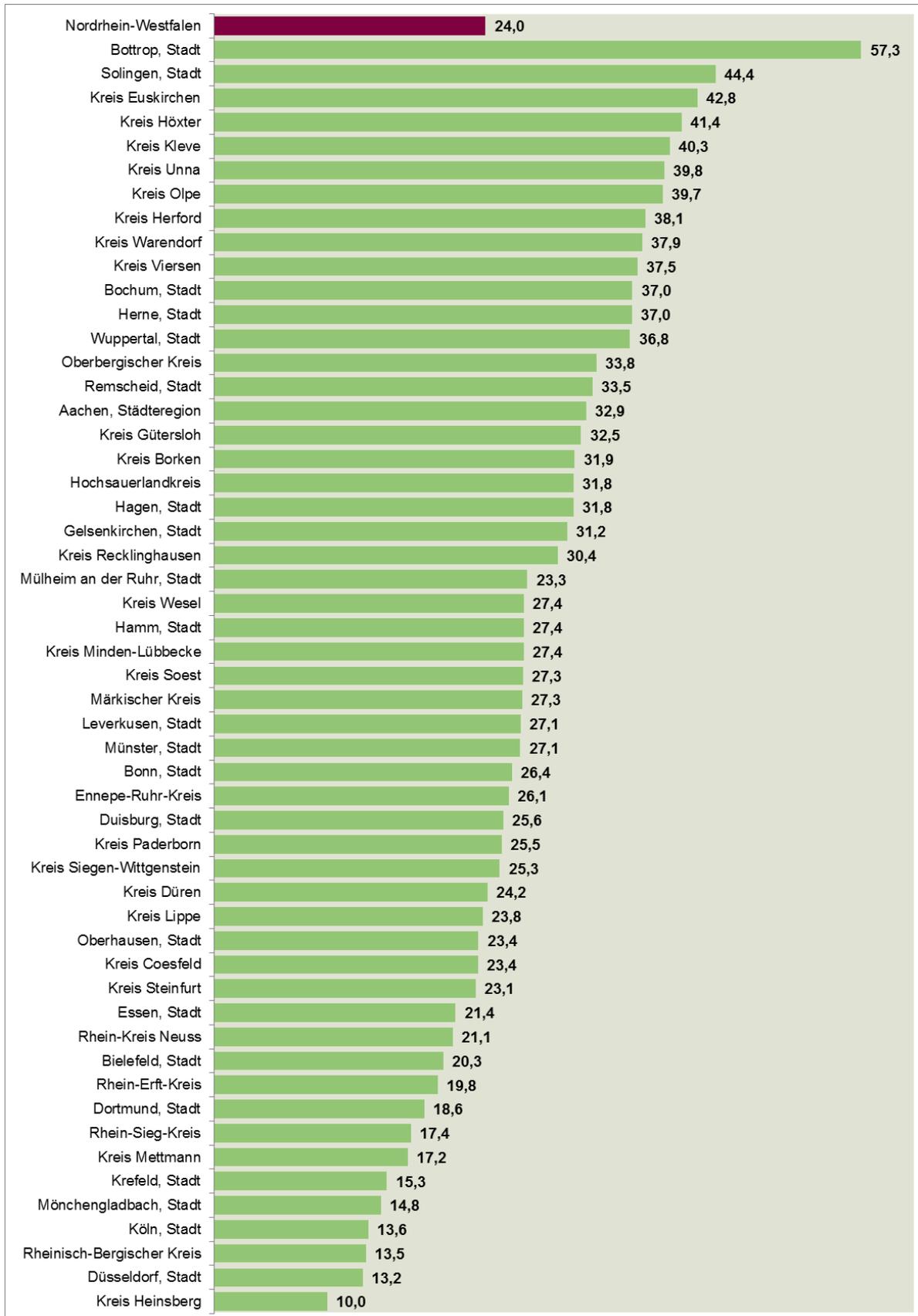
Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik

**Abbildung 19: Anteil der Personen in Bedarfsgemeinschaften aus den zugangsstärksten Herkunftsländern an allen Personen in Bedarfsgemeinschaften nach Gebietskörperschaften (Stand: Juni 2015, in %)**



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Grundsicherungsstatistik

**Abbildung 20: Personen in Bedarfsgemeinschaften aus den zugangsstärksten Herkunftsländern nach Gebietskörperschaften (Veränderung Juni 2015 ggü. Juni 2014)**



Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Grundsicherungsstatistik

## Tabellenanhang

**Tabelle 1: Ausländer/-innen aus Drittstaaten nach Aufenthaltsstatus für NRW**

Aufenthaltsstatus	2014			2009		
	Frauen	Männer	Insgesamt	Frauen	Männer	Insgesamt
Niederlassungs- und Aufenthaltserlaubnis (zeitlich unbefristet)	342.737	353.920	696.657	304.878	334.761	639.639
Zeitlich befristete Aufenthaltserlaubnis	181.968	156.692	338.660	217.634	186.316	403.950
dar.: zum Zweck der Ausbildung	15.311	21.063	36.374	12.886	16.390	29.276
dar.: zum Zweck der Erwerbstätigkeit	6.187	15.313	21.500	4.871	11.697	16.568
dar.: völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	33.196	36.837	70.033	26.864	28.349	55.213
dar.: familiäre Gründe	106.942	64.105	171.047	120.056	77.656	197.712
dar.: besondere Aufenthaltsrechte	13.250	12.145	25.395	19.053	18.180	37.233
dar.: zeitlich befristet nach altem Recht	7.082	7.229	14.311	33.904	34.044	67.948
Antrag auf Aufenthaltstitel gestellt	20.405	24.093	44.498	11.179	14.014	25.193
Duldung	13.748	21.309	35.057	10.764	16.159	26.923
Aufenthaltsgestattung	13.909	26.881	40.790	2.280	3.795	6.075
ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Gestattung, sonstiger Aufenthaltsstatus	32.642	37.623	70.265	23.303	27.650	50.953
<b>Ausländer/-innen aus EU-Drittstaaten insgesamt</b>	<b>605.409</b>	<b>620.518</b>	<b>1.225.927</b>	<b>570.038</b>	<b>582.695</b>	<b>1.152.733</b>
nachrichtlich: EU-Bürger			848.303			636.874
<b>Ausländer/-innen gesamt</b>			<b>2.074.230</b>			<b>1.789.607</b>
Ausländer/-innen aus EU-Drittstaaten (in % an allen Ausländern)			59,1%			64,4%

(Veränderung 2014 gegenüber 2009 in % und in % der entsprechenden Bevölkerung)

Aufenthaltsstatus	Veränderung 2014 ggü. 2009		Anteil an den Ausländern aus Drittstaaten insgesamt (in %)	
	absolut	in %	2014	2009
Niederlassungs- und Aufenthaltserlaubnis (zeitlich unbefristet)	57.018	8,9	56,8	55,5
Zeitlich befristete Aufenthaltserlaubnis	-65.290	-16,2	27,6	35,0
dar.: zum Zweck der Ausbildung	7.098	24,2	3,0	2,5
dar.: zum Zweck der Erwerbstätigkeit	4.932	29,8	1,8	1,4
dar.: völkerrechtliche, humanitäre, politische Gründe	14.820	26,8	5,7	4,8
dar.: familiäre Gründe	-26.665	-13,5	14,0	17,2
dar.: besondere Aufenthaltsrechte	-11.838	-31,8	2,1	3,2
dar.: zeitlich befristet nach altem Recht	-53.637	-78,9	1,2	5,9
Antrag auf Aufenthaltstitel gestellt	19.305	76,6	3,6	2,2
Duldung	8.134	30,2	2,9	2,3
Aufenthaltsgestattung	34.715	571,4	3,3	0,5
ohne Aufenthaltstitel, Duldung oder Gestattung, sonstiger Aufenthaltsstatus	19.312	37,9	5,7	4,5
<b>Ausländer/-innen aus EU-Drittstaaten insgesamt</b>	<b>73.194</b>	<b>6,3</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>
nachrichtlich: EU-Bürger	211.429	33,2		
<b>Ausländer/-innen gesamt</b>	<b>284.623</b>	<b>15,9</b>		

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamts, Ausländerzentralregister

**Tabelle 2: Zuzüge von ausgewählten Drittstaatsangehörigen nach NRW  
 nach ausgewählten Aufenthaltszwecken und Aufenthaltstiteln<sup>1</sup>**

Drittstaaten	Studium/ Ausbildung	Erwerbs- tätigkeit <sup>2</sup>	familiäre Gründe	humanitäre Gründe	sonstige Gründe	Nieder- lassungs- erlaubnis <sup>3</sup>	EU-Aufent- haltsrecht	Aufenthalts- gestattung	Duldung <sup>4</sup>	insgesamt
	2014									
Syrien	357	51	864	7.690	21	10	15	3.613	279	<b>16.019</b>
Serbien	50	505	296	73	14	51	136	2.480	2.339	<b>9.181</b>
China	2.605	839	538	10	84	11	29	292	27	<b>6.046</b>
Kosovo	30	10	683	21	92	42	42	2.545	652	<b>5.644</b>
Türkei	367	378	1.940	38	111	853	65	180	87	<b>5.562</b>
Albanien	53	36	89	21	45	2	97	2.629	515	<b>4.925</b>
Indien	977	949	767	12	44	13	40	388	102	<b>4.185</b>
Mazedonien	24	34	247	16	56	28	342	899	1.156	<b>4.180</b>
Marokko	215	16	604	10	48	46	504	739	183	<b>3.604</b>
Bosnien/Herzegowina	55	886	244	18	20	33	46	608	396	<b>3.472</b>
Russ. Föderation	326	206	828	127	27	78	52	543	174	<b>3.238</b>
Eritrea	-	-	20	13	-	3	1	1.926	92	<b>2.518</b>
Vereinigte Staaten	672	620	412	3	46	17	42	1	2	<b>2.431</b>
Irak	27	12	220	278	9	75	16	835	129	<b>2.192</b>
Afghanistan	39	-	186	354	6	10	5	977	105	<b>2.023</b>
Japan	295	673	537	10	23	7	7	-	-	<b>1.916</b>
<b>insgesamt</b>	<b>11.536</b>	<b>7.006</b>	<b>13.667</b>	<b>10.714</b>	<b>1.272</b>	<b>1.621</b>	<b>2.266</b>	<b>28.384</b>	<b>8.245</b>	<b>116.595</b>
2013										
Syrien	177	33	230	1.926	11	7	6	821	75	<b>4.023</b>
Serbien	42	366	298	66	25	42	99	1.435	1.896	<b>6.765</b>
China	2.127	696	523	19	114	3	22	140	30	<b>5.001</b>
Kosovo	48	18	615	34	50	23	48	442	342	<b>2.336</b>
Türkei	411	294	1.940	39	81	662	59	136	71	<b>5.011</b>
Albanien	51	27	74	27	13	4	70	737	117	<b>1.606</b>
Indien	776	829	705	11	19	4	31	145	160	<b>3.436</b>
Mazedonien	22	33	218	27	37	22	132	926	1.159	<b>3.978</b>
Marokko	202	13	569	6	33	16	295	579	167	<b>2.934</b>
Bosnien/Herzegowina	36	661	263	15	23	30	30	365	363	<b>2.744</b>
Russ. Föderation	367	247	845	125	26	53	31	944	264	<b>4.014</b>
Eritrea	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Vereinigte Staaten	675	692	453	2	63	13	21	-	-	<b>2.533</b>
Irak	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Afghanistan	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Japan	287	659	607	19	24	6	13	-	-	<b>1.879</b>
<b>insgesamt</b>	<b>10.092</b>	<b>6.251</b>	<b>12.561</b>	<b>3.641</b>	<b>1.014</b>	<b>1.192</b>	<b>1.600</b>	<b>15.528</b>	<b>6.294</b>	<b>81.554</b>

(Veränderung 2014 gegenüber 2013 insgesamt)

<b>absolut</b>	1.444	755	1.106	7.073	258	429	666	12.856	1.951	35.041
<b>in %</b>	14,3	12,1	8,8	194,3	25,4	36,0	41,6	82,8	31,0	43,0

- 1) Ohne im Inland geborene ausländische Kinder. Die Differenz zwischen der Summe der aufgeführten Aufenthaltstitel und der Spalte „insgesamt“ erklärt sich dadurch, dass in der Tabelle nicht alle Aufenthaltsstatus aufgeführt sind. So sind in der Tabelle etwa Personen, die vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit sind, sowie Personen, die einen Antrag auf einen Aufenthaltstitel gestellt haben, nicht enthalten.
- 2) Die Kategorie „Erwerbstätigkeit“ enthält neben den Personen, denen ein Aufenthaltstitel zum Zweck der Beschäftigung nach § 18 AufenthG erteilt wurde, auch jene, die eine Blaue Karte EU (§ 19a AufenthG) erhielten oder als Forscher (§ 20 AufenthG) bzw. als Selbstständige (§ 21 AufenthG) zugewandert sind.
- 3) In etwa drei Vierteln dieser Fälle handelt es sich um Personen mit Wiedereinreise im jeweiligen Berichtsjahr.
- 4) Hierbei handelt es sich vielfach um Personen, die 2014 als Asylbewerber eingereist sind und nach einem negativen Bescheid eine Duldung erhielten.

Fortsetzung Tabelle 2

Drittstaaten	2014								
	Anteil an allen Zuzügen von Drittstaatsangehörigen (in %)								
	Studium/ Ausbildung	Erwerbs- tätigkeit	familiäre Gründe	humanitäre Gründe	sonstige Gründe	Nieder- lassungs- erlaubnis	EU-Aufent- haltsrecht	Aufenthalts- gestattung	Duldung
Syrien	2,2	0,3	5,4	48,0	0,1	0,1	0,1	22,6	1,7
Serbien	0,5	5,5	3,2	0,8	0,2	0,6	1,5	27,0	25,5
China	43,1	13,9	8,9	0,2	1,4	0,2	0,5	4,8	0,4
Kosovo	0,5	0,2	12,1	0,4	1,6	0,7	0,7	45,1	11,6
Türkei	6,6	6,8	34,9	0,7	2,0	15,3	1,2	3,2	1,6
Albanien	1,1	0,7	1,8	0,4	0,9	0,0	2,0	53,4	10,5
Indien	23,3	22,7	18,3	0,3	1,1	0,3	1,0	9,3	2,4
Mazedonien	0,6	0,8	5,9	0,4	1,3	0,7	8,2	21,5	27,7
Marokko	6,0	0,4	16,8	0,3	1,3	1,3	14,0	20,5	5,1
Bosnien/Herzegowina	1,6	25,5	7,0	0,5	0,6	1,0	1,3	17,5	11,4
Russ. Föderation	10,1	6,4	25,6	3,9	0,8	2,4	1,6	16,8	5,4
Eritrea	0,0	0,0	0,8	0,5	0,0	0,1	0,0	76,5	3,7
Vereinigte Staaten	27,6	25,5	16,9	0,1	1,9	0,7	1,7	0,0	0,1
Irak	1,2	0,5	10,0	12,7	0,4	3,4	0,7	38,1	5,9
Afghanistan	1,9	0,0	9,2	17,5	0,3	0,5	0,2	48,3	5,2
Japan	15,4	35,1	28,0	0,5	1,2	0,4	0,4	0,0	0,0
<b>insgesamt</b>	<b>9,9</b>	<b>6,0</b>	<b>11,7</b>	<b>9,2</b>	<b>1,1</b>	<b>1,4</b>	<b>1,9</b>	<b>24,3</b>	<b>7,1</b>

Drittstaaten	Veränderung 2014 ggü. 2013 insgesamt	
	absolut	in %
Syrien	11.996	298,2
Serbien	2.416	35,7
China	1.045	20,9
Kosovo	3.308	141,6
Türkei	551	11,0
Albanien	3.319	206,7
Indien	749	21,8
Mazedonien	202	5,1
Marokko	670	22,8
Bosnien/Herzegowina	728	26,5
Russ. Föderation	-776	-19,3
Eritrea	-	-
Vereinigte Staaten	-102	-4,0
Irak	-	-
Afghanistan	-	-
Japan	37	2,0
<b>insgesamt</b>	<b>35.041</b>	<b>43,0</b>

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Ausländerzentralregister

**Tabelle 3: Drittstaatsangehörige, denen im Jahr 2014 eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wurde, nach Bundesländern**

Bundesländer	Aufenthaltsgründe					
	2014					
	Ausbildung	Erwerbstätigkeit	familiäre Gründe	humanitäre Gründe	sonstige Gründe	insgesamt
Baden-Württemberg	19.602	10.633	37.680	12.520	3.949	84.384
Bayern	12.721	11.839	33.604	12.047	4.337	74.548
Berlin	11.608	6.872	25.618	10.001	2.436	56.535
Brandenburg	1.695	659	2.479	1.771	159	6.763
Bremen	1.874	585	4.075	2.826	145	9.505
Hamburg	3.651	3.039	12.088	7.058	639	26.475
Hessen	9.682	7.970	27.921	10.881	2.031	58.485
Mecklenburg-Vorpommern	1.146	353	1.431	1.771	60	4.761
Niedersachsen	7.744	3.686	19.904	14.966	1.049	47.349
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>23.740</b>	<b>12.543</b>	<b>74.673</b>	<b>39.193</b>	<b>3.306</b>	<b>153.455</b>
Rheinland-Pfalz	3.600	2.217	11.334	5.377	859	23.387
Saarland	1.063	432	2.280	2.036	105	5.916
Sachsen	6.751	1.499	4.771	3.006	306	16.333
Sachsen-Anhalt	3.654	613	2.561	2.667	102	9.597
Schleswig-Holstein	1.923	941	5.999	4.058	278	13.199
Thüringen	2.712	637	2.487	1.841	118	7.795
<b>Deutschland</b>	<b>113.166</b>	<b>64.518</b>	<b>268.905</b>	<b>132.019</b>	<b>19.879</b>	<b>598.487</b>

Bundesländer	Anteil der Aufenthaltsgründe nach Bundesländern (in %)					
	2014					
	Ausbildung	Erwerbstätigkeit	familiäre Gründe	humanitäre Gründe	sonstige Gründe	insgesamt
Baden-Württemberg	23,2	12,6	44,7	14,8	4,7	100,0
Bayern	17,1	15,9	45,1	16,2	5,8	100,0
Berlin	20,5	12,2	45,3	17,7	4,3	100,0
Brandenburg	25,1	9,7	36,7	26,2	2,4	100,0
Bremen	19,7	6,2	42,9	29,7	1,5	100,0
Hamburg	13,8	11,5	45,7	26,7	2,4	100,0
Hessen	16,6	13,6	47,7	18,6	3,5	100,0
Mecklenburg-Vorpommern	24,1	7,4	30,1	37,2	1,3	100,0
Niedersachsen	16,4	7,8	42,0	31,6	2,2	100,0
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>15,5</b>	<b>8,2</b>	<b>48,7</b>	<b>25,5</b>	<b>2,2</b>	<b>100,0</b>
Rheinland-Pfalz	15,4	9,5	48,5	23,0	3,7	100,0
Saarland	18,0	7,3	38,5	34,4	1,8	100,0
Sachsen	41,3	9,2	29,2	18,4	1,9	100,0
Sachsen-Anhalt	38,1	6,4	26,7	27,8	1,1	100,0
Schleswig-Holstein	14,6	7,1	45,5	30,7	2,1	100,0
Thüringen	34,8	8,2	31,9	23,6	1,5	100,0
<b>Deutschland</b>	<b>18,9</b>	<b>10,8</b>	<b>44,9</b>	<b>22,1</b>	<b>3,3</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Wanderungsmonitoring, Erwerbsmigration nach Deutschland, Jahresbericht 2014

**Tabelle 4: Zugangsstärkste Herkunftsländer nach Gesamtzahl der Erstanträge in NRW**

Herkunftsländer	Januar bis Mai 2015		2014		2013	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
<b>Gesamtzahl der Erstanträge</b>	<b>23.966</b>	<b>100,0</b>	<b>40.046</b>	<b>100,0</b>	<b>23.719</b>	<b>100,0</b>
Syrien	4.727	19,7	7.727	19,3	2.167	9,1
Kosovo	4.525	18,9	2.368	5,9	729	3,1
Albanien	3.789	15,8	3.519	8,8	845	3,6
Serbien	1.878	7,8	3.891	9,7	2.831	11,9
Irak	1.586	6,6	1.681	4,2	939	4,0
Mazedonien	823	3,4	1.752	4,4	1.908	8,0
Nigeria	635	2,6	1.115	2,8	400	1,7
Afghanistan	516	2,2	1.174	2,9	702	3,0
Georgien	491	2,0	1.138	2,8	641	2,7
Bosnien und Herzegowina	384	1,6	1.055	2,6	609	2,6
Algerien	355	1,5	1.037	2,6	322	1,4
Armenien	306	1,3	803	2,0	492	2,1
Marokko	284	1,2	914	2,3	883	3,7
Eritrea	282	1,2	2.218	5,5	1.226	5,2
Ghana	248	1,0	653	1,6	544	2,3
Iran	233	1,0	700	1,7	767	3,2
Guinea	226	0,9	1.068	2,7	1.175	5,0
Somalia	225	0,9	728	1,8	51	0,2
Bangladesch	224	0,9	672	1,7	638	2,7
Russische Föderation	193	0,8	692	1,7	1.694	7,1

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Asylgeschäftsstatistik

**Tabelle 5: Asylanträge (Erstanträge) nach Altersgruppen in NRW**

Altersgruppen	Januar bis Mai 2015		2014		2013	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
unter 18 Jahre	8.234	34,4	13.542	33,8	8.497	35,8
18 bis unter 25 Jahre	5.044	21,0	8.731	21,8	5.106	21,5
25 bis unter 35 Jahre	5.999	25,0	10.209	25,5	6.087	25,7
35 bis unter 45 Jahre	2.920	12,2	4.698	11,7	2.510	10,6
45 bis unter 55 Jahre	1.127	4,7	1.783	4,5	955	4,0
55 bis unter 65 Jahre	437	1,8	749	1,9	391	1,6
65 Jahre und älter	205	0,9	334	0,8	173	0,7
<b>insgesamt</b>	<b>23.966</b>	<b>100,0</b>	<b>40.046</b>	<b>100,0</b>	<b>23.719</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Asylgeschäftsstatistik

**Tabelle 6: Asylanträge (Erstanträge) nach Geschlecht in NRW**

Geschlecht	Januar bis Mai 2015		2014		2013	
	absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Frauen	8.630	36,0	14.131	35,3	8.822	37,2
Männer	15.336	64,0	25.915	64,7	14.897	62,8
<b>insgesamt</b>	<b>23.966</b>	<b>100,0</b>	<b>40.046</b>	<b>100,0</b>	<b>23.719</b>	<b>100,0</b>

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Asylgeschäftsstatistik

**Tabelle 7: Die 20 stärksten Herkunftsländer nach Art der Asylanträge in NRW**

Herkunftsländer	2014			
	Asylanträge			Anteil der Folgeanträge an allen Anträgen (in %)
	Erstanträge	Folgeanträge	insgesamt	
Serbien	3.891	3.798	<b>7.689</b>	49,4
Mazedonien	1.752	1.513	<b>3.265</b>	46,3
Irak	1.681	1.020	<b>2.701</b>	37,8
Bosnien und Herzegowina	1.055	435	<b>1.490</b>	29,2
Kosovo	2.368	572	<b>2.940</b>	19,5
Russische Föderation	692	158	<b>850</b>	18,6
Georgien	1.138	115	<b>1.253</b>	9,2
Pakistan	606	51	<b>657</b>	7,8
Syrien	7.727	593	<b>8.320</b>	7,1
Iran	700	49	<b>749</b>	6,5
Marokko	914	48	<b>962</b>	5,0
Bangladesch	672	34	<b>706</b>	4,8
Afghanistan	1.174	59	<b>1.233</b>	4,8
Armenien	803	30	<b>833</b>	3,6
Guinea	1.068	39	<b>1.107</b>	3,5
Albanien	3.519	124	<b>3.643</b>	3,4
Algerien	1.037	29	<b>1.066</b>	2,7
Ghana	653	14	<b>667</b>	2,1
Somalia	728	9	<b>737</b>	1,2
Eritrea	2.218	7	<b>2.225</b>	0,3
<b>insgesamt*</b>	<b>40.046</b>	<b>9.221</b>	<b>49.267</b>	<b>18,7</b>

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Asylgeschäftsstatistik

\* einschließlich aller nicht aufgelisteten Herkunftsländer

**Tabelle 8: Die 20 stärksten Herkunftsländer nach Entscheidungen über Asylanträge in NRW**

Herkunftsländer	2014						
	Entscheidungen über Asylanträge (Erst- und Folgeanträge)						
	Entscheidungen insgesamt	Sachentscheidungen					Formelle Entscheidungen und kein weiteres Verfahren
davon Anerkennung als Asylberechtigte		davon Anerkennung als Flüchtling	davon Gewährung von subsidiärem Schutz	davon Feststellung eines Abschiebungsverbot	davon Ablehnungen (unbegründet abgel./offens. unbegr. abgel.)		
Syrien	4.555	539	2.488	867	10	5	646
Irak	1.296	33	957	18	14	98	176
Eritrea	324	7	189	18	10	4	96
Afghanistan	1.056	25	537	22	58	219	195
Iran	700	52	332	12	3	103	198
Somalia	340	3	67	23	25	29	193
Pakistan	559	11	82	7	5	346	108
Russische Föderation	782	2	70	5	21	302	382
Guinea	608	0	40	4	18	93	453
Armenien	496	3	4	2	40	313	134
Bangladesch	557	1	32	2	12	387	123
Albanien	2.038	0	8	31	25	1.682	292
Ghana	315	0	1	0	4	86	224
Kosovo	972	0	3	0	12	488	469
Georgien	998	0	3	0	6	536	453
Bosnien und Herzegowina	1.104	0	0	0	7	724	373
Marokko	617	0	1	1	1	190	424
Mazedonien	3.087	0	0	5	6	2.000	1.076
Algerien	414	0	1	0	0	78	335
Serbien	6.275	0	0	7	8	3.665	2.595
<b>insgesamt NRW</b>	<b>30.497</b>	<b>792</b>	<b>5.228</b>	<b>1.155</b>	<b>379</b>	<b>12.645</b>	<b>10.298</b>
<b>insgesamt Bund</b>	<b>128.911</b>						

(in % von allen Entscheidungen)

Herkunftsländer	2014								
	Entscheidungen über Asylanträge (Erst- und Folgeanträge)							Schutzquote insgesamt	nachrichtlich: bereinigte Schutzquote
	insgesamt	davon Anerkennung als Asylberechtigte	davon Anerkennung als Flüchtling	davon Gewährung von subsidiärem Schutz	davon Feststellung eines Abschiebungsverbot	davon Ablehnungen (unbegründet abgel./offens. unbegr. abgel.)	Formelle Entscheidungen und kein weiteres Verfahren		
Syrien	100,0	11,8	54,6	19,0	0,2	0,1	14,2	85,7	99,9
Irak	100,0	2,5	73,8	1,4	1,1	7,6	13,6	78,9	91,3
Eritrea	100,0	2,2	58,3	5,6	3,1	1,2	29,6	69,1	98,2
Afghanistan	100,0	2,4	50,9	2,1	5,5	20,7	18,5	60,8	74,6
Iran	100,0	7,4	47,4	1,7	0,4	14,7	28,3	57,0	79,5
Somalia	100,0	0,9	19,7	6,8	7,4	8,5	56,8	34,7	80,3
Pakistan	100,0	2,0	14,7	1,3	0,9	61,9	19,3	18,8	23,3
Russische Föderation	100,0	0,3	9,0	0,6	2,7	38,6	48,8	12,5	24,5
Guinea	100,0	0,0	6,6	0,7	3,0	15,3	74,5	10,2	40,0
Armenien	100,0	0,6	0,8	0,4	8,1	63,1	27,0	9,9	13,5
Bangladesch	100,0	0,2	5,7	0,4	2,2	69,5	22,1	8,4	10,8
Albanien	100,0	0,0	0,4	1,5	1,2	82,5	14,3	3,1	3,7
Ghana	100,0	0,0	0,3	0,0	1,3	27,3	71,1	1,6	5,5
Kosovo	100,0	0,0	0,3	0,0	1,2	50,2	48,3	1,5	3,0
Georgien	100,0	0,0	0,3	0,0	0,6	53,7	45,4	0,9	1,7
Bosnien und Herzegowina	100,0	0,0	0,0	0,0	0,6	65,6	33,8	0,6	1,0
Marokko	100,0	0,0	0,2	0,2	0,2	30,8	68,7	0,5	1,6
Mazedonien	100,0	0,0	0,0	0,2	0,2	64,8	34,9	0,4	0,5
Algerien	100,0	0,0	0,2	0,0	0,0	18,8	80,9	0,2	1,3
Serbien	100,0	0,0	0,0	0,1	0,1	58,4	41,4	0,2	0,4
<b>insgesamt NRW</b>	<b>100,0</b>	<b>2,6</b>	<b>17,1</b>	<b>3,8</b>	<b>1,2</b>	<b>41,5</b>	<b>33,8</b>	<b>24,8</b>	<b>37,4</b>
<b>insgesamt Bund</b>	<b>100,0</b>	<b>1,8</b>	<b>24,1</b>	<b>4,0</b>	<b>1,6</b>	<b>33,4</b>	<b>35,2</b>	<b>31,5</b>	

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Asylgeschäftsstatistik

**Tabelle 9: Anteil der Flüchtlinge und Asylbewerber an der Bevölkerung und Empfänger/-innen von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz nach Gebietskörperschaften**

	Gebietskörperschaften	Dezember 2014			
		Flüchtlinge	Bevölkerung	Anteil der Flüchtlinge an der Bevölkerung (in %)	Empfänger/-innen von Regelleist. n. d. Asylbewerberleistungsgesetz
1	Düsseldorf, Stadt	5.790	604.527	0,96	2.023
2	Duisburg, Stadt	3.505	485.465	0,72	2.123
3	Essen, Stadt	7.382	573.784	1,29	3.034
4	Krefeld, Stadt	1.686	222.500	0,76	1.112
5	Mönchengladbach, Stadt	2.206	256.853	0,86	1.161
6	Mülheim an der Ruhr, Stadt	1.659	167.108	0,99	1.052
7	Oberhausen, Stadt	2.338	209.292	1,12	855
8	Remscheid, Stadt	712	109.009	0,65	509
9	Solingen, Stadt	1.160	156.771	0,74	852
10	Wuppertal, Stadt	3.718	345.425	1,08	2.764
11	Kreis Kleve	1.774	304.963	0,58	1.776
12	Kreis Mettmann	3.515	477.760	0,74	2.330
13	Rhein-Kreis Neuss	2.918	442.522	0,66	1.662
14	Kreis Viersen	1.569	295.067	0,53	1.193
15	Kreis Wesel	3.090	457.244	0,68	2.367
16	Bonn, Stadt	3.647	313.958	1,16	1.046
17	Köln, Stadt	11.268	1.046.680	1,08	7.079
18	Leverkusen, Stadt	1.327	161.540	0,82	766
19	Aachen, Städteregion	4.933	547.661	0,90	3.129
20	Kreis Düren	2.061	259.073	0,80	1.371
21	Rhein-Erft-Kreis	3.046	459.448	0,66	1.647
22	Kreis Euskirchen	1.109	188.158	0,59	842
23	Kreis Heinsberg	1.446	249.310	0,58	1.136
24	Oberbergischer Kreis	1.574	270.618	0,58	1.260
25	Rheinisch-Bergischer Kreis	1.673	279.497	0,60	1.159
26	Rhein-Sieg-Kreis	3.747	585.781	0,64	1.663
27	Bottrop, Stadt	904	116.017	0,78	655
28	Gelsenkirchen, Stadt	3.097	257.651	1,20	1.719
29	Münster, Stadt	3.122	302.178	1,03	1.742
30	Kreis Borken	3.058	365.191	0,84	1.815
31	Kreis Coesfeld	1.563	215.996	0,72	1.179
32	Kreis Recklinghausen	5.092	613.092	0,83	3.654
33	Kreis Steinfurt	3.832	437.127	0,88	2.484
34	Kreis Warendorf	2.089	273.412	0,76	1.238
35	Bielefeld, Stadt	4.232	329.782	1,28	1.107
36	Kreis Gütersloh	2.393	354.463	0,68	1.567
37	Kreis Herford	1.869	249.219	0,75	1.144
38	Kreis Höxter	859	142.770	0,60	793
39	Kreis Lippe	2.657	345.127	0,77	1.687
40	Kreis Minden-Lübbecke	2.737	309.216	0,89	1.638
41	Kreis Paderborn	2.296	299.071	0,77	1.350
42	Bochum, Stadt	3.029	361.876	0,84	1.726
43	Dortmund, Stadt	5.411	580.511	0,93	2.146
44	Hagen, Stadt	1.268	186.716	0,68	662
45	Hamm, Stadt	1.358	176.580	0,77	708
46	Herne, Stadt	1.270	154.608	0,82	581
47	Ennepe-Ruhr-Kreis	2.527	322.916	0,78	1.708
48	Hochsauerlandkreis	2.054	261.561	0,79	1.402
49	Märkischer Kreis	2.953	413.820	0,71	2.172
50	Kreis Olpe	925	134.759	0,69	623
51	Kreis Siegen-Wittgenstein	2.119	275.909	0,77	1.374
52	Kreis Soest	2.008	296.742	0,68	1.958
53	Kreis Unna	3.045	391.774	0,78	1.613
	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>146.620</b>	<b>17.638.098</b>	<b>0,83</b>	<b>86.356</b>

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamts, Ausländerzentralregister, IT NRW, Sozialberichterstattung

**Tabelle 10: Flüchtlinge und Asylbewerber nach ausgewählten Aufenthaltstiteln und nach Gebietskörperschaften für das Jahr 2014 und 2013 im Vergleich**

	Gebietskörperschaften	2014						2013		Veränderung 2014 ggü. 2013	
		zeitlich befristete Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen		Duldung		Aufenthaltsgestattung		insgesamt	insgesamt		
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %	absolut	absolut	absolut	in %
1	Düsseldorf, Stadt	2.539	43,9	1.064	18,4	2.187	37,8	<b>5.790</b>	4.107	1.683	41,0
2	Duisburg, Stadt	1.677	47,8	1.075	30,7	753	21,5	<b>3.505</b>	2.786	719	25,8
3	Essen, Stadt	4.364	59,1	2.517	34,1	501	6,8	<b>7.382</b>	6.331	1.051	16,6
4	Krefeld, Stadt	605	35,9	592	35,1	489	29,0	<b>1.686</b>	1.212	474	39,1
5	Mönchengladbach, Stadt	1.141	51,7	503	22,8	562	25,5	<b>2.206</b>	1.663	543	32,7
6	Mülheim an der Ruhr, Stadt	1.006	60,6	347	20,9	306	18,4	<b>1.659</b>	1.347	312	23,2
7	Oberhausen, Stadt	1.553	66,4	365	15,6	420	18,0	<b>2.338</b>	2.329	9	0,4
8	Remscheid, Stadt	339	47,6	164	23,0	209	29,4	<b>712</b>	508	204	40,2
9	Soilingen, Stadt	543	46,8	246	21,2	371	32,0	<b>1.160</b>	800	360	45,0
10	Wuppertal, Stadt	2.191	58,9	1.005	27,0	522	14,0	<b>3.718</b>	2.815	903	32,1
11	Kreis Kleve	524	29,5	533	30,0	717	40,4	<b>1.774</b>	1.337	437	32,7
12	Kreis Mettmann	1.270	36,1	1.276	36,3	969	27,6	<b>3.515</b>	2.726	789	28,9
13	Rhein-Kreis Neuss	1.360	46,6	774	26,5	784	26,9	<b>2.918</b>	2.306	612	26,5
14	Kreis Viersen	563	35,9	417	26,6	589	37,5	<b>1.569</b>	1.242	327	26,3
15	Kreis Wesel	1.274	41,2	788	25,5	1.028	33,3	<b>3.090</b>	2.326	764	32,8
16	Bonn, Stadt	2.446	67,1	660	18,1	541	14,8	<b>3.647</b>	2.572	1.075	41,8
17	Köln, Stadt	5.926	52,6	3.379	30,0	1.963	17,4	<b>11.268</b>	9.264	2.004	21,6
18	Leverkusen, Stadt	760	57,3	242	18,2	325	24,5	<b>1.327</b>	951	376	39,5
19	Aachen, Städteregion	2.378	48,2	1.198	24,3	1.357	27,5	<b>4.933</b>	3.657	1.276	34,9
20	Kreis Düren	850	41,2	520	25,2	691	33,5	<b>2.061</b>	1.572	489	31,1
21	Rhein-Erft-Kreis	1.371	45,0	677	22,2	998	32,8	<b>3.046</b>	2.220	826	37,2
22	Kreis Euskirchen	342	30,8	225	20,3	542	48,9	<b>1.109</b>	763	346	45,3
23	Kreis Heinsberg	404	27,9	438	30,3	604	41,8	<b>1.446</b>	985	461	46,8
24	Oberbergischer Kreis	535	34,0	370	23,5	669	42,5	<b>1.574</b>	1.143	431	37,7
25	Rheinisch-Bergischer Kreis	558	33,4	427	25,5	688	41,1	<b>1.673</b>	1.237	436	35,2
26	Rhein-Sieg-Kreis	1.607	42,9	751	20,0	1.389	37,1	<b>3.747</b>	2.690	1.057	39,3
27	Boitrop, Stadt	388	42,9	219	24,2	297	32,9	<b>904</b>	768	136	17,7
28	Gelsenkirchen, Stadt	1.643	53,1	1.053	34,0	401	12,9	<b>3.097</b>	2.505	592	23,6
29	Münster, Stadt	1.518	48,6	867	27,8	737	23,6	<b>3.122</b>	2.391	731	30,6
30	Kreis Borken	1.298	42,4	793	25,9	967	31,6	<b>3.058</b>	2.391	667	27,9
31	Kreis Coesfeld	611	39,1	384	24,6	568	36,3	<b>1.563</b>	1.206	357	29,6
32	Kreis Recklinghausen	2.713	53,3	1.050	20,6	1.329	26,1	<b>5.092</b>	4.096	996	24,3
33	Kreis Steinfurt	1.961	51,2	860	22,4	1.011	26,4	<b>3.832</b>	3.058	774	25,3
34	Kreis Warendorf	966	46,2	384	18,4	739	35,4	<b>2.089</b>	1.361	728	53,5
35	Bielefeld, Stadt	1.906	45,0	398	9,4	1.928	45,6	<b>4.232</b>	3.317	915	27,6
36	Kreis Gütersloh	1.317	55,0	402	16,8	674	28,2	<b>2.393</b>	1.903	490	25,7
37	Kreis Herford	983	52,6	338	18,1	548	29,3	<b>1.869</b>	1.406	463	32,9
38	Kreis Höxter	253	29,5	206	24,0	400	46,6	<b>859</b>	627	232	37,0
39	Kreis Lippe	1.297	48,8	558	21,0	802	30,2	<b>2.657</b>	2.061	596	28,9
40	Kreis Minden-Lübbecke	1.564	57,1	469	17,1	704	25,7	<b>2.737</b>	1.854	883	47,6
41	Kreis Paderborn	1.162	50,6	449	19,6	685	29,8	<b>2.296</b>	1.547	749	48,4
42	Bochum, Stadt	1.504	49,7	954	31,5	571	18,9	<b>3.029</b>	2.259	770	34,1
43	Dortmund, Stadt	2.266	41,9	1.070	19,8	2.075	38,3	<b>5.411</b>	4.888	523	10,7
44	Hagen, Stadt	751	59,2	141	11,1	376	29,7	<b>1.268</b>	1.004	264	26,3
45	Hamm, Stadt	753	55,4	226	16,6	379	27,9	<b>1.358</b>	1.024	334	32,6
46	Herne, Stadt	817	64,3	249	19,6	204	16,1	<b>1.270</b>	1.010	260	25,7
47	Ennepe-Ruhr-Kreis	1.099	43,5	653	25,8	775	30,7	<b>2.527</b>	1.901	626	32,9
48	Hochsauerlandkreis	733	35,7	507	24,7	814	39,6	<b>2.054</b>	1.613	441	27,3
49	Märkischer Kreis	1.180	40,0	769	26,0	1.004	34,0	<b>2.953</b>	2.348	605	25,8
50	Kreis Olpe	402	43,5	153	16,5	370	40,0	<b>925</b>	680	245	36,0
51	Kreis Siegen-Wittgenstein	962	45,4	541	25,5	616	29,1	<b>2.119</b>	1.787	332	18,6
52	Kreis Soest	805	40,1	464	23,1	739	36,8	<b>2.008</b>	1.549	459	29,6
53	Kreis Unna	1.426	46,8	678	22,3	941	30,9	<b>3.045</b>	2.511	534	21,3
	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>70.404</b>	<b>48,0</b>	<b>35.388</b>	<b>24,1</b>	<b>40.828</b>	<b>27,8</b>	<b>146.620</b>	<b>113.954</b>	<b>32.666</b>	<b>28,7</b>

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten des Statistischen Bundesamts, Ausländerzentralregister

**Tabelle 11: Gemeldete erwerbsfähige Personen aus den zugangstärksten Herkunftsländern nach Arbeitsmarktstatus und nach Gebietskörperschaften**

Gebietskörperschaften		September 2015							
		arbeitsuchend					nicht arbeitsuchend		insgesamt
		arbeitsuchend, arbeitslos		arbeitsuchend, nicht arbeitslos		insgesamt	absolut	in %	
		absolut	in %	absolut	in %				absolut
1	Düsseldorf, Stadt	3.337	41,6	2.924	36,4	<b>6.261</b>	<b>1.762</b>	22,0	<b>8.023</b>
2	Duisburg, Stadt	1.835	50,8	942	26,1	<b>2.777</b>	<b>838</b>	23,2	<b>3.615</b>
3	Essen, Stadt	3.264	44,8	2.079	28,6	<b>5.343</b>	<b>1.937</b>	26,6	<b>7.280</b>
4	Krefeld, Stadt	533	43,3	409	33,2	<b>942</b>	<b>290</b>	23,5	<b>1.232</b>
5	Mönchengladbach, Stadt	890	37,2	870	36,4	<b>1.760</b>	<b>631</b>	26,4	<b>2.391</b>
6	Mülheim an der Ruhr, Stadt	781	37,4	672	32,2	<b>1.453</b>	<b>636</b>	30,4	<b>2.089</b>
7	Oberhausen, Stadt	1.057	47,0	522	23,2	<b>1.579</b>	<b>671</b>	29,8	<b>2.250</b>
8	Remscheid, Stadt	226	40,6	166	29,8	<b>392</b>	<b>165</b>	29,6	<b>557</b>
9	Solingen, Stadt	380	47,1	223	27,7	<b>603</b>	<b>203</b>	25,2	<b>806</b>
10	Wuppertal, Stadt	1.800	44,8	1.358	33,8	<b>3.158</b>	<b>862</b>	21,4	<b>4.020</b>
11	Kreis Kleve	337	49,6	149	21,9	<b>486</b>	<b>194</b>	28,5	<b>680</b>
12	Kreis Mettmann	949	42,6	763	34,3	<b>1.712</b>	<b>515</b>	23,1	<b>2.227</b>
13	Rhein-Kreis Neuss	863	38,2	756	33,4	<b>1.619</b>	<b>643</b>	28,4	<b>2.262</b>
14	Kreis Viersen	355	43,6	276	33,9	<b>631</b>	<b>183</b>	22,5	<b>814</b>
15	Kreis Wesel	879	48,1	492	26,9	<b>1.371</b>	<b>456</b>	25,0	<b>1.827</b>
16	Bonn, Stadt	1.337	38,8	1.112	32,2	<b>2.449</b>	<b>1.001</b>	29,0	<b>3.450</b>
17	Köln, Stadt	4.841	43,7	3.801	34,3	<b>8.642</b>	<b>2.440</b>	22,0	<b>11.082</b>
18	Leverkusen, Stadt	670	40,8	519	31,6	<b>1.189</b>	<b>452</b>	27,5	<b>1.641</b>
19	Aachen, Städteregion	1.841	44,2	1.267	30,4	<b>3.108</b>	<b>1.055</b>	25,3	<b>4.163</b>
20	Kreis Düren	555	53,4	191	18,4	<b>746</b>	<b>293</b>	28,2	<b>1.039</b>
21	Rhein-Erft-Kreis	1.079	45,4	738	31,0	<b>1.817</b>	<b>562</b>	23,6	<b>2.379</b>
22	Kreis Euskirchen	248	46,4	159	29,7	<b>407</b>	<b>128</b>	23,9	<b>535</b>
23	Kreis Heinsberg	265	48,5	159	29,1	<b>424</b>	<b>122</b>	22,3	<b>546</b>
24	Oberbergischer Kreis	265	41,7	232	36,5	<b>497</b>	<b>138</b>	21,7	<b>635</b>
25	Rheinisch-Bergischer Kreis	585	46,4	372	29,5	<b>957</b>	<b>304</b>	24,1	<b>1.261</b>
26	Rhein-Sieg-Kreis	1.008	42,5	791	33,3	<b>1.799</b>	<b>575</b>	24,2	<b>2.374</b>
27	Bottrop, Stadt	228	40,0	174	30,5	<b>402</b>	<b>168</b>	29,5	<b>570</b>
28	Gelsenkirchen, Stadt	1.126	44,1	735	28,8	<b>1.861</b>	<b>692</b>	27,1	<b>2.553</b>
29	Münster, Stadt	767	40,9	508	27,1	<b>1.275</b>	<b>600</b>	32,0	<b>1.875</b>
30	Kreis Borken	539	44,7	304	25,2	<b>843</b>	<b>362</b>	30,0	<b>1.205</b>
31	Kreis Coesfeld	164	37,7	112	25,7	<b>276</b>	<b>159</b>	36,6	<b>435</b>
32	Kreis Recklinghausen	1.395	49,9	430	15,4	<b>1.825</b>	<b>972</b>	34,8	<b>2.797</b>
33	Kreis Steinfurt	1.227	50,7	620	25,6	<b>1.847</b>	<b>572</b>	23,6	<b>2.419</b>
34	Kreis Warendorf	462	51,9	225	25,3	<b>687</b>	<b>204</b>	22,9	<b>891</b>
35	Bielefeld, Stadt	1.539	42,3	1.036	28,5	<b>2.575</b>	<b>1.062</b>	29,2	<b>3.637</b>
36	Kreis Gütersloh	819	49,4	451	27,2	<b>1.270</b>	<b>388</b>	23,4	<b>1.658</b>
37	Kreis Herford	509	42,1	337	27,9	<b>846</b>	<b>364</b>	30,1	<b>1.210</b>
38	Kreis Höxter	115	48,1	71	29,7	<b>186</b>	<b>53</b>	22,2	<b>239</b>
39	Kreis Lippe	757	47,8	395	24,9	<b>1.152</b>	<b>433</b>	27,3	<b>1.585</b>
40	Kreis Minden-Lübbecke	697	37,9	458	24,9	<b>1.155</b>	<b>682</b>	37,1	<b>1.837</b>
41	Kreis Paderborn	673	40,8	578	35,1	<b>1.251</b>	<b>398</b>	24,1	<b>1.649</b>
42	Bochum, Stadt	1.521	44,3	1.138	33,2	<b>2.659</b>	<b>772</b>	22,5	<b>3.431</b>
43	Dortmund, Stadt	2.734	46,5	1.832	31,2	<b>4.566</b>	<b>1.314</b>	22,3	<b>5.880</b>
44	Hagen, Stadt	552	42,5	423	32,6	<b>975</b>	<b>324</b>	24,9	<b>1.299</b>
45	Hamm, Stadt	431	37,3	350	30,3	<b>781</b>	<b>373</b>	32,3	<b>1.154</b>
46	Herne, Stadt	571	53,5	257	24,1	<b>828</b>	<b>240</b>	22,5	<b>1.068</b>
47	Ennepe-Ruhr-Kreis	528	40,8	405	31,3	<b>933</b>	<b>361</b>	27,9	<b>1.294</b>
48	Hochsauerlandkreis	338	49,3	148	21,6	<b>486</b>	<b>200</b>	29,2	<b>686</b>
49	Märkischer Kreis	580	42,4	473	34,6	<b>1.053</b>	<b>315</b>	23,0	<b>1.368</b>
50	Kreis Olpe	219	46,8	123	26,3	<b>342</b>	<b>126</b>	26,9	<b>468</b>
51	Kreis Siegen-Wittgenstein	545	47,5	341	29,7	<b>886</b>	<b>261</b>	22,8	<b>1.147</b>
52	Kreis Soest	454	45,4	315	31,5	<b>769</b>	<b>232</b>	23,2	<b>1.001</b>
53	Kreis Unna	780	45,5	492	28,7	<b>1.272</b>	<b>442</b>	25,8	<b>1.714</b>
<b>Nordrhein-Westfalen</b>		<b>50.450</b>	<b>44,2</b>	<b>34.673</b>	<b>30,3</b>	<b>85.123</b>	<b>29.125</b>	<b>25,5</b>	<b>114.248</b>

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ausländerzentralregister

**Tabelle 12: Anteil und Entwicklung der gemeldeten erwerbsfähigen Personen aus den zugangsstärksten Herkunftsländern an allen erwerbsfähigen Personen nach Gebietskörperschaften**

	Gebietskörperschaften	September 2015				
		aus den zugangsstärksten Herkunftsländern				insgesamt
		absolut	in %	Veränderung September 2015 ggü. September 2014		
				absolut	in %	absolut
1	Düsseldorf, Stadt	8.023	13,6	750	10,3	58.858
2	Duisburg, Stadt	3.615	5,8	566	18,6	61.808
3	Essen, Stadt	7.280	10,0	1.302	21,8	73.135
4	Krefeld, Stadt	1.232	4,6	128	11,6	26.922
5	Mönchengladbach, Stadt	2.391	7,2	314	15,1	32.993
6	Mülheim an der Ruhr, Stadt	2.089	12,2	452	27,6	17.173
7	Oberhausen, Stadt	2.250	8,9	286	14,6	25.196
8	Remscheid, Stadt	557	5,1	101	22,1	10.995
9	Solingen, Stadt	806	5,4	200	33,0	14.997
10	Wuppertal, Stadt	4.020	10,1	1.081	36,8	39.979
11	Kreis Kleve	680	3,5	154	29,3	19.646
12	Kreis Mettmann	2.227	6,1	312	16,3	36.642
13	Rhein-Kreis Neuss	2.262	7,3	291	14,8	31.104
14	Kreis Viersen	814	3,8	181	28,6	21.333
15	Kreis Wesel	1.827	5,3	335	22,5	34.366
16	Bonn, Stadt	3.450	12,8	804	30,4	27.029
17	Köln, Stadt	11.082	10,1	1.374	14,2	109.723
18	Leverkusen, Stadt	1.641	10,4	379	30,0	15.728
19	Aachen, Städteregion	4.163	7,9	866	26,3	53.005
20	Kreis Düren	1.039	5,2	197	23,4	19.943
21	Rhein-Erft-Kreis	2.379	6,6	440	22,7	36.131
22	Kreis Euskirchen	535	4,6	126	30,8	11.631
23	Kreis Heinsberg	546	3,1	92	20,3	17.587
24	Oberbergischer Kreis	635	4,1	121	23,5	15.649
25	Rheinisch-Bergischer Kreis	1.261	7,2	207	19,6	17.404
26	Rhein-Sieg-Kreis	2.374	6,5	395	20,0	36.531
27	Bottrop, Stadt	570	5,2	179	45,8	10.870
28	Gelsenkirchen, Stadt	2.553	6,3	530	26,2	40.481
29	Münster, Stadt	1.875	9,6	354	23,3	19.571
30	Kreis Borken	1.205	7,0	306	34,0	17.211
31	Kreis Coesfeld	435	4,7	81	22,9	9.181
32	Kreis Recklinghausen	2.797	4,5	663	31,1	62.184
33	Kreis Steinfurt	2.419	10,1	471	24,2	23.920
34	Kreis Warendorf	891	5,3	230	34,8	16.797
35	Bielefeld, Stadt	3.637	10,7	711	24,3	34.038
36	Kreis Gütersloh	1.658	8,3	391	30,9	19.880
37	Kreis Herford	1.210	7,1	212	21,2	17.096
38	Kreis Höxter	239	3,1	75	45,7	7.702
39	Kreis Lippe	1.585	6,1	314	24,7	25.829
40	Kreis Minden-Lübbecke	1.837	8,6	366	24,9	21.247
41	Kreis Paderborn	1.649	7,7	370	28,9	21.514
42	Bochum, Stadt	3.431	8,7	815	31,2	39.494
43	Dortmund, Stadt	5.880	7,7	1.030	21,2	76.831
44	Hagen, Stadt	1.299	5,9	285	28,1	22.127
45	Hamm, Stadt	1.154	6,1	219	23,4	18.926
46	Herne, Stadt	1.068	5,3	223	26,4	19.984
47	Ennepe-Ruhr-Kreis	1.294	5,0	279	27,5	26.037
48	Hochsauerlandkreis	686	5,0	x	x	13.800
49	Märkischer Kreis	1.368	4,4	230	20,2	31.422
50	Kreis Olpe	468	7,1	88	23,2	6.553
51	Kreis Siegen-Wittgenstein	1.147	7,0	190	19,9	16.435
52	Kreis Soest	1.001	5,3	218	27,8	18.999
53	Kreis Unna	1.714	4,6	400	30,4	37.472
	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>114.248</b>	<b>7,4</b>	<b>20.964</b>	<b>22,5</b>	<b>1.541.109</b>

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Ausländerzentralregister

x) Bei unvollständigen oder unplausiblen Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger (zKT) werden nicht alle Merkmale geschätzt. Sie werden in diesem Fall der Ausprägung „keine Angabe“ zugeordnet.

**Tabelle 13: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB) und ausschließlich geringfügig Beschäftigte (GeB) am Arbeitsort aus den zugangsstärksten Herkunftsländern nach Gebietskörperschaften**

	Gebietskörperschaften	März 2015							
		SvB	Anteil an allen SvB (in %)	Veränderung März 2015 ggü. März 2014		GeB	Anteil an allen GeB (in %)	Veränderung März 2015 ggü. März 2014	
				absolut	in %			absolut	in %
1	Düsseldorf, Stadt	6.301	1,6	11	0,2	1.943	4,0	-85	-4,2
2	Duisburg, Stadt	1.911	1,2	23	1,2	661	2,4	-49	-6,9
3	Essen, Stadt	2.888	1,2	29	1,0	1.301	2,9	55	4,4
4	Krefeld, Stadt	771	0,9	-24	-3,0	252	1,8	11	4,6
5	Mönchengladbach, Stadt	1.168	1,3	58	5,2	463	2,4	18	4,0
6	Mülheim an der Ruhr, Stadt	960	1,7	26	2,8	336	3,0	-35	-9,4
7	Oberhausen, Stadt	931	1,5	33	3,7	444	2,9	3	0,7
8	Remscheid, Stadt	563	1,3	-13	-2,3	230	2,9	21	10,0
9	Solingen, Stadt	615	1,2	-11	-1,8	173	1,9	-23	-11,7
10	Wuppertal, Stadt	1.689	1,4	53	3,2	638	2,8	29	4,8
11	Kreis Kleve	586	0,6	9	1,6	282	1,2	-12	-4,1
12	Kreis Mettmann	2.129	1,2	81	4,0	664	2,2	-124	-15,7
13	Rhein-Kreis Neuss	1.476	1,0	76	5,4	529	2,1	30	6,0
14	Kreis Viersen	617	0,7	-24	-3,7	247	1,3	12	5,1
15	Kreis Wesel	1.297	1,0	40	3,2	596	1,7	10	1,7
16	Bonn, Stadt	2.286	1,4	80	3,6	811	3,2	62	8,3
17	Köln, Stadt	7.155	1,4	310	4,5	2.692	3,3	139	5,4
18	Leverkusen, Stadt	852	1,4	50	6,2	338	3,7	30	9,7
19	Aachen, Städteregion	2.488	1,3	-46	-1,8	970	2,1	34	3,6
20	Kreis Düren	920	1,2	-10	-1,1	378	2,0	13	3,6
21	Rhein-Erft-Kreis	1.621	1,2	69	4,4	511	1,8	-56	-9,9
22	Kreis Euskirchen	533	1,0	9	1,7	123	1,0	-31	-20,1
23	Kreis Heinsberg	500	0,8	43	9,4	233	1,3	-20	-7,9
24	Oberbergischer Kreis	741	0,8	31	4,4	254	1,3	14	5,8
25	Rheinisch-Bergischer Kreis	811	1,2	46	6,0	302	1,7	2	0,7
26	Rhein-Sieg-Kreis	1.685	1,2	154	10,1	760	2,0	43	6,0
27	Bottrop, Stadt	310	1,0	35	12,7	88	1,1	-9	-9,3
28	Gelsenkirchen, Stadt	812	1,1	2	0,2	339	1,9	28	9,0
29	Münster, Stadt	1.639	1,0	70	4,5	607	2,2	42	7,4
30	Kreis Borken	916	0,7	108	13,4	345	1,0	-25	-6,8
31	Kreis Coesfeld	446	0,7	19	4,4	153	1,0	-12	-7,3
32	Kreis Recklinghausen	1.327	0,8	139	11,7	579	1,5	17	3,0
33	Kreis Steinfurt	1.452	1,0	182	14,3	482	1,4	25	5,5
34	Kreis Warendorf	698	0,8	26	3,9	257	1,3	18	7,5
35	Bielefeld, Stadt	1.969	1,4	166	9,2	683	2,8	73	12,0
36	Kreis Gütersloh	1.623	1,0	93	6,1	473	1,8	-2	-0,4
37	Kreis Herford	713	0,8	47	7,1	240	1,6	4	1,7
38	Kreis Höxter	197	0,5	34	20,9	68	0,7	-4	-5,6
39	Kreis Lippe	824	0,8	86	11,7	376	1,8	48	14,6
40	Kreis Minden-Lübbecke	921	0,8	119	14,8	346	1,8	-9	-2,5
41	Kreis Paderborn	1.009	0,9	105	11,6	408	1,7	62	17,9
42	Bochum, Stadt	1.485	1,2	143	10,7	582	2,3	-33	-5,4
43	Dortmund, Stadt	3.201	1,5	161	5,3	1.068	2,7	-96	-8,2
44	Hagen, Stadt	821	1,2	26	3,3	244	1,9	-7	-2,8
45	Hamm, Stadt	629	1,1	44	7,5	209	1,7	4	2,0
46	Herne, Stadt	414	1,0	31	8,1	148	1,9	26	21,3
47	Ennepe-Ruhr-Kreis	1.134	1,1	-5	-0,4	309	1,7	-1	-0,3
48	Hochsauerlandkreis	821	0,8	115	16,3	418	1,8	18	4,5
49	Märkischer Kreis	1.512	1,0	69	4,8	414	1,5	23	5,9
50	Kreis Olpe	623	1,1	39	6,7	157	1,4	3	1,9
51	Kreis Siegen-Wittgenstein	1.274	1,2	73	6,1	455	2,0	48	11,8
52	Kreis Soest	896	0,8	43	5,0	264	1,2	7	2,7
53	Kreis Unna	1.211	1,0	77	6,8	324	1,2	7	2,2
	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>72.371</b>	<b>1,1</b>	<b>3.150</b>	<b>4,6</b>	<b>26.167</b>	<b>2,1</b>	<b>346</b>	<b>1,3</b>

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Beschäftigungsstatistik

**Tabelle 14: Anteil und Entwicklung der Personen in Bedarfsgemeinschaften aus den zugangsstärksten Herkunftsländern an allen Personen in Bedarfsgemeinschaften nach Gebietskörperschaften**

	Gebietskörperschaften	Juni 2015				
		aus den zugangsstärksten Herkunftsländern				insgesamt
		absolut	in % von insgesamt	Veränderung Juni 2015 ggü. Juni 2014		
				absolut	in %	absolut
1	Düsseldorf, Stadt	8.736	13,7	1.017	13,2	63.602
2	Duisburg, Stadt	4.158	5,8	848	25,6	72.020
3	Essen, Stadt	8.621	9,9	1.518	21,4	87.199
4	Krefeld, Stadt	1.402	4,9	186	15,3	28.519
5	Mönchengladbach, Stadt	2.750	7,2	354	14,8	38.194
6	Mülheim an der Ruhr, Stadt	2.685	13,7	583	27,7	19.606
7	Oberhausen, Stadt	2.536	8,9	481	23,4	28.461
8	Remscheid, Stadt	622	5,2	156	33,5	11.956
9	Solingen, Stadt	937	6,0	288	44,4	15.668
10	Wuppertal, Stadt	4.792	10,3	1.289	36,8	46.560
11	Kreis Kleve	832	4,2	239	40,3	19.730
12	Kreis Mettmann	2.418	6,4	354	17,2	37.679
13	Rhein-Kreis Neuss	2.624	8,4	458	21,1	31.294
14	Kreis Viersen	906	4,5	247	37,5	20.298
15	Kreis Wesel	2.091	5,8	450	27,4	35.986
16	Bonn, Stadt	3.904	13,1	815	26,4	29.904
17	Köln, Stadt	12.971	10,9	1.557	13,6	118.822
18	Leverkusen, Stadt	1.921	11,3	410	27,1	16.964
19	Aachen, Städteregion	4.603	8,4	1.140	32,9	54.952
20	Kreis Düren	1.247	5,4	243	24,2	23.111
21	Rhein-Erft-Kreis	2.781	7,3	460	19,8	38.204
22	Kreis Euskirchen	574	5,2	172	42,8	11.075
23	Kreis Heinsberg	582	3,2	53	10,0	18.051
24	Oberbergischer Kreis	649	4,4	164	33,8	14.769
25	Rheinisch-Bergischer Kreis	1.398	8,5	166	13,5	16.470
26	Rhein-Sieg-Kreis	2.683	7,1	398	17,4	37.532
27	Bottrop, Stadt	629	5,4	229	57,3	11.649
28	Gelsenkirchen, Stadt	3.075	6,3	732	31,2	48.656
29	Münster, Stadt	2.242	10,5	478	27,1	21.280
30	Kreis Borken	1.343	7,8	325	31,9	17.164
31	Kreis Coesfeld	475	5,5	90	23,4	8.567
32	Kreis Recklinghausen	3.365	4,7	785	30,4	72.116
33	Kreis Steinfurt	2.986	12,2	561	23,1	24.491
34	Kreis Warendorf	983	6,0	270	37,9	16.492
35	Bielefeld, Stadt	4.691	12,6	792	20,3	37.319
36	Kreis Gütersloh	1.987	10,4	487	32,5	19.175
37	Kreis Herford	1.416	8,3	391	38,1	17.015
38	Kreis Höxter	229	3,3	67	41,4	6.877
39	Kreis Lippe	1.853	6,8	356	23,8	27.060
40	Kreis Minden-Lübbecke	2.339	10,5	503	27,4	22.176
41	Kreis Paderborn	1.730	8,2	351	25,5	20.988
42	Bochum, Stadt	3.813	9,2	1.030	37,0	41.622
43	Dortmund, Stadt	6.371	7,4	1.000	18,6	85.981
44	Hagen, Stadt	1.442	5,7	348	31,8	25.473
45	Hamm, Stadt	1.534	6,6	330	27,4	23.171
46	Herne, Stadt	1.256	5,7	339	37,0	21.917
47	Ennepe-Ruhr-Kreis	1.422	5,4	294	26,1	26.277
48	Hochsauerlandkreis	791	5,8	191	31,8	13.600
49	Märkischer Kreis	1.413	4,4	303	27,3	31.923
50	Kreis Olpe	521	9,0	148	39,7	5.801
51	Kreis Siegen-Wittgenstein	1.224	7,5	247	25,3	16.263
52	Kreis Soest	1.067	5,9	229	27,3	18.222
53	Kreis Unna	2.008	5,1	572	39,8	39.476
	<b>Nordrhein-Westfalen</b>	<b>131.628</b>	<b>7,9</b>	<b>25.494</b>	<b>24,0</b>	<b>1.657.377</b>

Quelle: Eigene Berechnungen nach Daten der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Grundsicherungsstatistik

## Glossar

### Anerkennung als Asylberechtigte/r

Es handelt sich dabei um eine Sachentscheidung im Asylverfahren, die mit der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis verbunden ist. Das Grundrecht auf Asyl (*Art. 16a Abs. 1 GG*) ist das einzige Grundrecht, das nur Ausländern zusteht. Es gilt jedoch allein für politisch Verfolgte, d. h. für Personen, die eine an asylherhebliche Merkmale (Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe, politische Überzeugung) anknüpfende staatliche Verfolgung erlitten haben bzw. denen eine solche unmittelbar droht. Allgemeine Notsituationen – wie Armut, Bürgerkriege, Naturkatastrophen oder hohe Arbeitslosigkeit – sind damit als Gründe für eine Asylgewährung ausgeschlossen.

### Anerkennung als Flüchtling

Es handelt sich dabei um eine Sachentscheidung im Asylverfahren, die mit der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis verbunden ist. Ein Asylantragsteller erhält Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention, wenn sein Leben oder seine Freiheit in seinem Herkunftsland wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht ist (§ 3 (1) AsylVfG).

### Asylbewerberleistungsgesetz

Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) regelt die Versorgung insbesondere von Asylbewerberinnen und -bewerbern und geduldeten Flüchtlingen. Die Leistungen umfassen:

- Grundleistungen für Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung etc.
- Taschengeld für persönliche Bedürfnisse im Alltag
- Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt
- u. U. weitere Leistungen, die vom Einzelfall abhängen

Das Leistungsniveau orientiert sich grundsätzlich an der Grundsicherung nach dem SGB. In Gemeinschaftsunterkünften werden die Grundleistungen als Sachleistungen erbracht.

### Aufenthaltserlaubnis

Die Aufenthaltserlaubnis ist seit Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes (01.01.2005) grundsätzlich ein befristeter Aufenthaltstitel. Zuvor wurde im Ausländergesetz zwischen befristeten und unbefristeten Aufenthaltserlaubnissen unterschieden. Die Aufenthaltserlaubnis nach geltendem Recht ist stets an einen Aufenthaltswitz gebunden. Die Geltungsdauer ist abhängig vom Bestehen des Aufenthaltswitzes.

Neben dem Aufenthalt zum Zweck der Ausbildung (*Abschnitt 3 AufenthG*) und der Erwerbstätigkeit (*Abschnitt 4 AufenthG*) kann die Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären, politischen Gründen (*Abschnitt 5 AufenthG*) erteilt werden (s. *Anerkennung als Asylberechtigte/r* bzw. *Anerkennung als Flüchtling*). Des Weiteren besteht die Möglichkeit, die Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen (*Abschnitt 7 AufenthG*) zu erhalten (s. *Familiennachzug*).

## Aufenthaltsgestattung

Alle Ausländer/-innen, die einen Asylantrag stellen, erhalten eine Aufenthaltsgestattung zur Durchführung des Asylverfahrens (§ 55 AsylVG). Die Bescheinigung über die Aufenthaltsgestattung wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ausgestellt (§ 63 AsylVG).

## Duldung

Nach einer negativen Entscheidung über den Asylantrag besteht für die antragstellende Person, sofern keine Abschiebungsverbote vorliegen, die Ausreisepflicht mit der Folge einer Abschiebung. Dennoch kann die Abschiebung ausgesetzt werden, wenn sie z. B. aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht durchgeführt werden kann (§ 60a AufenthG).

Ist mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse bei geduldeten Personen in absehbarer Zeit nicht zu rechnen, besteht die Möglichkeit trotz bis dahin bestehender Ausreisepflicht eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Es handelt sich dann um eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (§ 25 (5) AufenthG). Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist dann zustimmungsfrei, eine Erlaubnis der Ausländerbehörde muss jedoch vorliegen. Seit dem 1. März 2015 hat diese Personengruppe Zugang zu Leistungen nach dem SGB II, sofern die Aussetzung der Abschiebung mindestens 18 Monate zurückliegt.

Mit der Neuschaffung eines weiteren Aufenthaltstitels (§ 25b AufenthG) zum 01. August 2015 besteht der Zugang zum SGB II nun außerdem für eine weitere Personengruppe. Dabei handelt es sich um „gut integrierte“ Ausländer/-innen, die sich langjährig ohne gesicherten Aufenthalt (u. a. mit einer Duldung) in Deutschland aufgehalten haben. Damit handelt es sich ebenfalls um eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen, für den Zugang zum Arbeitsmarkt gilt Entsprechendes.

## EU-Aufenthaltsrecht

Grundsätzlich hat ein Drittstaatsangehöriger, der in einem anderen Mitgliedstaat der EU den Status eines langfristig Aufenthaltsberechtigten erworben hat, nach § 38a AufenthG Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis für einen längerfristigen Aufenthalt in Deutschland (länger als drei Monate).

## Familiennachzug

Zum Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 GG) wird eine Aufenthaltserlaubnis für ausländische Familienangehörige erteilt (§ 27 (1) AufenthG). Die Möglichkeit des Familiennachzugs besteht für Ehegatten, minderjährige, ledige Kinder und für einen Elternteil eines minderjährigen ledigen deutschen Kindes (§ 28 AufenthG). Für den Nachzug zu (drittstaatsangehörigen) Ausländerinnen und Ausländern (§ 29 AufenthG) muss die Person, die sich bereits in Deutschland aufhält, in der Regel im Besitz einer Niederlassungserlaubnis sein.

## Feststellung eines Abschiebungsverbots

Es handelt sich dabei um eine Sachentscheidung im Asylverfahren. Wenn das Bundesamt zur Erkenntnis kommt, dass weder ein internationaler Schutz (§§ 3 ff. AsylVfG) noch ein verfassungsrechtlich normiertes Recht auf Asyl nach Art. 16a GG zugesprochen werden kann, können dem Schutzsuchenden dennoch Abschiebungsverbote zur Seite stehen. Im Rahmen der Prüfung nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG prüft das Bundesamt insbesondere, ob für den Ausländer bei einer Abschiebung in den anderen Staat eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit besteht. Die Abschiebungsverbote werden in einem Bescheid festgehalten. Die Feststellung von Abschiebungsverboten ist mit der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen verbunden (§ 25 (3) AufenthG).

## Formelle Entscheidungen

sind hauptsächlich Entscheidungen im Asylverfahren, die sich darauf beziehen, dass ein anderer Mitgliedstaat zuständig ist. Dazu kommen Verfahrenseinstellungen wegen Antragsrücknahme durch den Asylbewerber und Entscheidungen im Folgeantragsverfahren, dass kein weiteres Asylverfahren durchgeführt wird.

## Folgeantrag

Ein erneuter Asylantrag nach Rücknahme oder unanfechtbarer Ablehnung eines früheren Asylantrages wird als Folgeantrag bezeichnet (§ 71 (1) AsylVfG). Ein weiteres Asylverfahren kann durchgeführt werden, wenn sich entweder die Sach- oder Rechtslage zugunsten des Asylbewerbers geändert hat oder neue Beweismittel vorliegen, die eine dem Betroffenen günstigere Entscheidung herbeigeführt haben würden (§ 51 (1) VwVfG).

## Gemeldete erwerbsfähige Personen

Gemeldete erwerbsfähige Personen sind Personen, die von einer Agentur für Arbeit (Rechtskreis SGB III) oder einem Träger der Grundsicherung (Rechtskreis SGB II) betreut werden. Sie werden differenziert nach arbeitslose Arbeitsuchende, nicht arbeitslose Arbeitsuchende und Nichtarbeitsuchende.

Für den Rechtskreis des SGB II entspricht die Zahl nicht ganz exakt den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Grundsicherungsstatistik. Gründe für Abweichungen können u. a. bei Zeitverzögerungen in der Erfassung von Rechtskreiswechseln liegen. Die Daten zu den gemeldeten erwerbsfähigen Personen liegen früher vor als die Daten aus der Grundsicherungsstatistik.

## Gewährung von subsidiärem Schutz

Dabei handelt es sich um eine Sachentscheidung im Asylverfahren (s. § 4 Abs. 1 AsylVfG). Subsidiärer Schutz kommt in den Fällen in Betracht, in denen keine politische Verfolgung im Sinne des Art. 16a GG vorliegt und die Voraussetzungen des Flüchtlingsschutzes gem. § 3 AsylVfG nicht vorliegen. Dennoch kann es sein, dass dem Ausländer ein ernsthafter Schaden droht, wenn er in sein Herkunftsland zurück müsste. Ein ernsthafter Schaden kann ihm beispielsweise dadurch drohen, wenn er in seinem Herkunftsland Folter oder erniedrigender Behandlung oder der Todesstrafe ausgesetzt wäre. Unter den subsidiären

Schutz fällt auch eine ernsthafte individuelle Bedrohung infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen Konflikts. Der subsidiäre Schutz wird vom Bundesamt automatisch geprüft, wenn die Voraussetzungen des § 3 AsylVfG nicht erfüllt werden. Die Gewährung von subsidiärem Schutz ist mit der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen verbunden (§ 25 (2) AufenthG).

### **Niederlassungserlaubnis**

Mit dem Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes am 01.01.2005 wurde das Ausländergesetz abgelöst. Im alten Recht wurde zwischen befristeten und unbefristeten Aufenthaltserlaubnissen unterschieden. Die unbefristete Aufenthaltserlaubnis wurde durch die Niederlassungserlaubnis ersetzt.

Die Niederlassungserlaubnis ist ein räumlich und zeitlich unbefristeter Aufenthaltstitel, der zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit berechtigt. Die Erteilung der Niederlassungserlaubnis ist an verschiedene Voraussetzungen gebunden. Dazu gehören unter anderem die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs, der Besitz einer Aufenthaltserlaubnis seit mindestens fünf Jahren und die Sicherung des Lebensunterhalts (Letzteres gilt nicht für Ehegatten).

### **Vorrangprüfung**

In der Regel muss die Bundesagentur für Arbeit einer Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen zustimmen. Im Rahmen dieser Prüfung muss insbesondere festgestellt werden, ob Inländer, EU-Ausländer und Drittstaatsangehörige mit Arbeitsberechtigung Vorrang haben. Der potenzielle Arbeitgeber setzt die Vorrangprüfung durch Erteilung eines Vermittlungsauftrags an die BA in Gang. Diese Zustimmungspflicht gilt nicht für bestimmte Gruppen wie Hochschulabsolventen und ist für Mangelberufe ausgesetzt.